

Politische Berichte ★

Nummer 6 / 18. Jahrgang

20. März 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßiges Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Seehofer attackiert weiter die Kranken

Weitere Erhöhung der Zuzahlungen im Gesundheitswesen

Im Oktober 96 ist das letzte Gesetz zur Änderung in den gesetzlichen Krankenversicherungen verabschiedet worden, das u.a. vorsieht, daß notwendige Beitragserhöhungen durch Zuzahlungen kompensiert werden müssen und die Krankenkassen freiere Hand bekommen, um Ausgaben einzusparen. Alle Leute sind noch damit beschäftigt, die Umstellungen zu begreifen und umzusetzen und viele haben es aufgegeben, durchzublicken. Schon legt der Bundesgesundheitsminister Seehofer einen neuen Gesetzentwurf mit erneuten Erhöhungen der Zuzahlungen vor. Was sind seine Gründe? Entlastung der Betriebe von Lohnnebenkosten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Der Patient muß 5 DM mehr je Medikament bezahlen bzw. 5% mehr bei prozentigen Zuzahlungsregelungen (Krankengymnastik z.B.). Bisher mußte pro Medikament 3 bzw. 5 bzw. 7 DM zugezahlt werden, je nach Preis und Packungsgröße.

Dadurch wird die Behandlung der Patienten aber nicht rationell, sondern rationiert. Diesem Vorwurf hält der Herr Minister die Härtefallregelung entgegen. Bis 3.202,50 DM brutto monatliches Einkommen ist eine 4köpfige Familie von den Zuzahlungen befreit (Alleinleistung bis 1.708 DM, Ehepaare 2.348,50 DM). Wer mehr verdient, wird freigestellt, wenn er im Jahr mehr als 2%

des Bruttojahreseinkommens nachweislich bezahlt hat. Bei 4.000 DM Brutto im Monat sind das z.B. 960 DM, bei der derzeitigen Versicherungsgrenze von 6.150 DM sind es 1.440 DM. Dieser Prozentsatz soll möglicherweise herabgesetzt werden.

Mit dieser erneuten Erhöhung der Zuzahlung sind auch „Normalverdiener“ betroffen, zumal ja kein Ende abzusehen ist. Bei 1.000 DM im Jahr wird der ganze Familienhaushalt gestört. Wer schon nach einem halben Jahr diese Summe ausgeben mußte, kann sich dann für den Rest des Jahres von der Zuzahlung freistellen, sich als „Härtefall“ anerkennen lassen, was für viele nicht zu ihrem bisherigen Lebensgefühl paßt.

Der öffentliche Protest ist daher heftig. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen kritisiert das neue Gesetz als einen „Anschlag gegen Kranke“ und einen Ausstieg aus einer „solidarischen Gesellschaft und einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung für alle“ und stellt fest, daß die voraussichtlichen Mehreinnahmen von etwa 5 Mrd. DM im Jahr durch die Zuzahlungen etwa dem finanziellen Umfang der „Geschenke“ entspräche, die Seehofer der Pharmaindustrie gemacht habe: Verzicht auf eine Arzneimittel-Positivliste, die Förderklausel für Importmedikamente (es war vorübergehend möglich, dieselben Medikamente, die die Konzerne im Ausland



Mit ihrer heftigen Gegenwehr konnten die Bergleute aus NRW und Saarland in den letzten Wochen wenigstens betriebsbedingte Kündigungen im Bergbau verhindern. Für viele ist trotzdem die Perspektive in den nächsten Jahren trüb – im Bergbau können sie nicht bleiben. Ausführlicher Bericht auf Seite 2.

oft viel billiger anbieten, von dort zu importieren) und die Lockerung der Festbetragsregelung. Das Bündnis für solidarische Krankenversicherung (der Zusammenschluß umfaßt rund 40 Organisationen, darunter Gewerkschaften, Versichertenvertreter in den Krankenkassen-Spitzenverbänden, Verbände von Behinderten, Fachtagung Medizin u.a.) stellt fest, daß sich durch die erhöhten Zuzahlungen die strukturellen Schwächen des Gesundheitswesens nicht ändern. Auf jeden Fall müsse an einem einheitlichen Leistungskatalog und an der paritätischen Finanzierung (je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer) festgehalten werden.

Die Chemie/Pharma-Konzerne berichten von glänzenden Geschäften und weiterem Gewinnanstieg, wobei die Ge-

winne die ganzen letzten Jahre hauptsächlich von den Pharmaabteilungen erbracht wurden (Bayer AG Leverkusen nach Steuern 2,7 Mrd. Gewinn, gegenüber 1995 ein plus von 13,5%; Höchst AG kam auf 5,28 Mrd. Gewinn vor Ertragssteuern, gegenüber 1995 ein plus von 29%).

Die Verbände der Krankengymnasten, der Bäderverband und einige fachärztliche Berufsverbände weisen dagegen darauf hin, daß durch die Seehofer-Gesetze viele Einrichtungen im Gesundheitswesen in ihrer Existenz bedroht sind. Seehofer sah sich daher gezwungen, dem Sachverständigenrat die Frage vorzulegen, wie die beschäftigungspolitischen Probleme im Gesundheitswesen bewältigt werden sollten. (sul)



Eine der zahlreichen Protestaktionen gegen die Visumspflicht: Am 9. März demonstrierten ca. 1.000 Menschen in Köln. Bild: p.b.

Bundesrat stimmt Visumspflicht zu

800.000 Jugendliche betroffen / Innenminister Kanther zufrieden

Zum 1.4. wird die von Kanther per Anordnung verfügte Einführung der Visumspflicht für ausländische Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren in Kraft treten. Betroffen von diesem zynischen Beitrag des Bundesinnenministers zum „Europäischen Jahr gegen den Rassismus“ sind rund 800.000 Kinder und Jugendliche aus Nicht-EU-Ländern, die in Zukunft eigene, von ihren Eltern unabhängige Visa bzw. Aufenthaltsgenehmigungen beantragen müssen.

Am 14.3. stimmte auch der Bundesrat der Eilverordnung zu, wobei für hier lebende Kinder und Jugendliche die Aufenthaltsgenehmigung von

den Behörden automatisch erteilt werden soll. Falls dies nicht geschieht, müssen die Betroffenen bis 30. Januar 1998 einen entsprechenden Antrag stellen. Dieser leicht modifizierten Version der Kantherschen Verordnung muß jetzt die Bundesregierung zustimmen. Kanther: er sei „völlkommen zufrieden“.

Die Mehrheit im Bundesrat kam dadurch zustande, daß Niedersachsen und Hamburg mit den unionsgeführten Ländern stimmten. Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder begründete seine Zustimmung mit dem gleichen Argument, das Kanther stets angeführt hat: Die Visumspflicht für erstmals einreisende Kinder sei sinnvoll, um diese davor zu schützen, daß sie eingeschleust und in die Prostitution oder die Kriminalität gezwungen würden, eine vorgeschoßene Argumentation, die die ausgrenzende Maßnahme gegen tausende von Kindern und Jugendlichen in keiner Weise rechtfertigt. 1996 waren es ganze 300 jugendliche Asylbewerber, die in die Bundesrepublik kamen – eine

überschaubare Zahl. So kritisierte Pro Asyl, die Vereinbarung sei ein „üblicher Neuaufuß der alten Vorlage“. Verlierer seien v.a. kurdische Flüchtlingskinder, deren Anträge keineswegs mißbräuchlich gestellt werden, denen aber jetzt sehr viel größere Hemmnisse in den Weg gelegt werden bei der Einreise.

Haben die vielen Proteste der letzten Wochen die Mehrheit in der SPD nicht umstimmen können. Wie schon bei der Asylgesetzgebungsänderung 1993 gibt es eine große Koalition im Fragen der Ausländerpolitik. Und so werden mit der Einführung der Visumspflicht vorhandene rassistische Denkstrukturen und Handlungsweisen weiter gefördert. Die von der Regierung lange angekündigte Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wird wieder vertagt. Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, werden ausgegrenzt. Und auch wenn zunächst automatisch die Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden soll, die Drohung ist eindeutig: – was erteilt wird, kann auch entzogen werden. (u.b.)

AKTUELL IN BONN**Rechtsextremismus:
Tötung, Brandstiftung u.a.**

Auf Anfragen der PDS-Bundestagsgruppe hat die Bundesregierung Angaben über rechtsextremistische Straftaten im vergangenen Jahr gemacht. Dabei sind nur die Straftaten erfaßt, die von der Polizei als Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund eingestuft wurden und dementsprechend dem Bundeskriminalamt (BKA) gemeldet wurden. Das BKA erfaßte aufgrund dieses verengten Rasters lediglich ein vollendetes Tötungsdelikt (ein „Angehöriger der linksextremistischen Szene“, so die Antwort der Bundesregierung, wurde in Brandenburg totgetreten, der Täter erhielt siebenhalb Jahre wegen Totschlags) sowie zwölf weitere rechtsextremistische sowie fremdenfeindliche Straftaten. Des weiteren meldet das BKA für das Jahr 1996 14 ihm bekanntgemachte fremdenfeindliche Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünften, Wohnungen von Ausländern usw.

Gegen private Polizei durch „Wachdienste“

Gegen die Privatisierung von polizeilichen Aufgaben und deren Übertragung auf sogenannte „private Sicherheitsdienste“ haben sich bei einer Anhörung des Innenausschusses am 10. März zahlreiche befragte Verbände ausgesprochen. Die ÖTV beispielsweise verlangte in einer Stellungnahme an den Ausschuß, Angehörige privater Sicherheitsdienste sollten nur im Rahmen von sog. „Jedermannrechten“ tätig haben, also weder Gewalt ausüben noch in Rechte Dritter eingreifen dürfen. Die Gewerkschaft will geprüft haben, ob nicht sogar den Sicherheitsdiensten besondere Auflagen gemacht werden müßten, insbesondere betr. die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit. Grundlage der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 13/3832), der die Rechte und Pflichten von privaten Sicherheitsdiensten gesetzlich geregelt haben will. Auch der Deutsche Industrie- und Handelstag und die Gewerkschaft der Polizei sprachen sich gegen eine Erweiterung der Befugnisse privater Sicherheitsdienste in Hoheitsgebiete der Polizei aus, die selbst der Verband der Wach- und Sicherheitsunternehmen nach eigenen Worten nicht anstrebt.

PDS fragt nach Toten an den Grenzen

In einer kleinen Anfrage hat die PDS-Bundestagsgruppe nach der Zahl der Personen gefragt, die im vergangenen Jahr an den deutschen Grenzen tot aufgefunden worden seien. Auch will sie wissen, was die diesbezüglichen Todesermittlungsverfahren für Ergebnisse über die Todesursachen ergeben haben. Des Weiteren fragt die PDS nach der Zahl von Personen, die 1996 mit körperlichen Verletzungen durch Erfrierungen, Unterkühlungen, Hunger und Durst aufgegriffen wurden, die sie sich im Zuge von evtl. unerlaubten Grenzübertritten zugezogen haben. Schließlich soll die Bundesregierung sich zu der sogenannten „Schleuserkriminalität“, ihren Hintergründen und ihrem Ausmaß äußern.

1,8 Milliarden Überstunden

Im Jahr 1996 haben Lohnabhängige in Ost- und Westdeutschland zusammen 1,8 Milliarden Überstunden geleistet.

Das hat die Bundesregierung in Beantwortung einer Anfrage der PDS-Fraktion mitgeteilt. Die Angaben stammen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Danach entfielen 1.557 Milliarden Überstunden auf Beschäftigte im Westen, 283 Millionen Überstunden auf Beschäftigte im Osten. Pro Beschäftigten seien das im Westen 62,1 Stunden im Jahr gewesen (1995: 69 Stunden), im Osten 42 Stunden (1995: 48,3 Stunden). Nach Angaben des gleichen Instituts betrug die durchschnittliche Jahresarbeitszeit (Vollzeit- und Teilzeitkräfte zusammengefaßt) im Westen 1.502 Stunden, im Osten 1.593 Stunden. Welche Beschäftigungswirkungen eine kürzere Arbeitszeit haben würde, kann das Institut der BfA nicht angeben. „Arbeitszeitverkürzungen kämen nur zum Teil einer Mehrbeschäftigung zugute, weil sie auch die Produktivitätsentwicklungen beschleunigen“, so die Antwort der Regierung.

Ruhe drängt bei der NATO-Osterweiterung

Noch vor dem nächsten NATO-Gipfel im Juli dieses Jahres in Madrid will die Bundesregierung eine Vereinbarung mit Rußland abgeschlossen haben, in der das Land seinen Protest gegen die NATO-Osterweiterung vermindert. Das hat Verteidigungsminister Rühe angekündigt. Die Verhandlungen über eine formelle Vereinbarung zwischen der NATO und Rußland seien weit gediehen, behauptet der Minister. Angeblich soll der russischen Regierung im Gegenzug die Aufnahme in den Kreis der G-7-Staaten (und vermutlich neue westliche Kredite) angeboten werden. Die erste Runde der Beitrittsverhandlungen (mit Polen, Ungarn und Tschechien, evtl. auch Slowenien) soll dann bereits bis Dezember dieses Jahres abgeschlossen sein, so daß 1998 die Beitrittsverträge in den jeweiligen Parlamenten ratifiziert werden könnten. Am 4. April 1999 sollen dann die neuen Mitglieder bei den Feiern zum 50. Jahrestag der NATO-Gründung schon dabei sein.

Was kommt demnächst?

Am 19. März entscheidet der „kleine Parteitag“ der CDU über die weitere Politik der Partei in der Renten- und Steuerpolitik. Am 20. März berät der Bundestag unter anderem über Seehofers 2. Gesetz zur „Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung“ in der Krankenversicherung, also u.a. über die Anhebung der „Eigenbeteiligungen“ um summarisch DM mehr pro Leistung, Medikament usw. Außerdem stehen Beratungen zum Klimaschutz und Bauen auf der Tagesordnung. Am Nachmittag folgen dann Beratungen über das neue BKA-Gesetz, das Innenminister Kanther vorgelegt hat, (Bundestags-Drucksache 13/1550), über einen SPD-Gesetzentwurf zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung im Bau (Schlechtwettergeld) und (am Abend) eine große Anfrage der Grünen über die außenpolitische Betätigung des Bundesinnenministeriums (konkret: von Staatssekretär Waffenschmidt gegenüber den „Auslandsdeutschen“, Bundestags-Drucksachen 13/4188 und 13/5457). Am Freitag, den 21. März, geht es dann um die Steuerreformpläne der Bundesregierung, um nachmittag insbesondere über Anträge der Opposition zum Stopps des Projekts Transrapid.



Bergleute sind trotz der schweren Arbeit schon lange keine „Spitzenverdiener“ mehr. Der typische Bergmann in Lohngruppe 11 verdient heute nach Angaben der IG Bergbau und Energie 3.535 DM brutto, plus Untertagezulagen und Bergmannsprämie kommt er auf 3.850 DM brutto. Nach dem jetzt erzielten „Kompromiß“ wird in der Presse allgemein von einem weiteren Rückgang der Löhne der Bergarbeiter in den nächsten Jahren ausgegangen.

Massenentlassungen verhindert**Heftige Proteste der Bergleute – Welche Perspektiven?**

„Die Kahlschlagpläne sind vom Tisch. Unser Kampf hat sich gelohnt“, so kommentierte der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Hans Berger, das „nachgebesserte“ Ergebnis der Kohlegespräche mit der Bundesregierung. In den Zechen gab es Kritik. Überwiegend reagierten die Belegschaften jedoch erleichtert, weil keine Massenentlassungen zu erwarten sind. Das von der Bundesregierung wenige Tage vorher vorgelegte Konzept zur Kürzung der Kohle-Subventionen hätte zur Schließung von sieben Zechen schon bis zum Jahre 2000 geführt, 36.000 Bergleute sollten in den nächsten drei Jahren abgebaut werden. Das wäre ohne betriebsbedingte Kündigungen nicht möglich gewesen, die Existenzangst der Bergleute war groß.

Entsprechend heftig entlud sich ihre Wut über diese Sorte „Sterbehilfe“. Sie eskalierte, als Bundeskanzler Kohl das zunächst für den 11.3. geplante Folgegespräch mit IG-BE-Chef Berger kurzfristig absagte. Unter dem „Druck der Straße“ wollte der Kanzler nicht handeln – „Kohl muß weg“ wurde zur verbreiteten Lösung der Aktionen. Dennoch muß man nüchtern feststellen: Bewegt hat sich die Bundesregierung nur wenig. Im Einzelnen wurde vereinbart:

- Gegenüber dem ersten Konzept erhöht die Bundesregierung ihren Anteil an den Kohle-Subventionen für die Jahre 1998 bis 2005 um 1,65 Mrd. DM, ihr Ziel einer Kürzung der Subventionszahlungen aus dem Bundeshaushalt auf 3,8 Mrd. DM in 2005 setzt sie jedoch voll um.
- Das Land NRW erhöht seine Zahlungen dagegen von 0,86 Mrd. DM in diesem Jahr auf 1 Mrd. DM ab 1998 und 1,15 Mrd. DM ab 2001. Dadurch werden die Subventionszahlungen im Jahre 2005 bei 5,5 Mrd. DM liegen, der Hälfte von 1996. Insgesamt müssen bis zum Jahre 2000 4 Zechen stillgelegt werden.
- Das Anpassungsgeld für den vorzeitigen Ruhestand für Bergleute unter Tage ab dem 50., über Tage ab dem 55. Lebensjahr kann bis zum Jahre 2005 gezahlt werden. Vorher können die Bergleute wie bisher in eine „strukturelle Dauercurzarbeit“ von bis zu 2 Jahren geschickt werden. Ein weiteres Instrument zur „Abfederung“ des Abbaus soll noch vereinbart werden: Ein Tarifvertrag zur Einführung der 4-Tage-Woche nach dem Muster VW, bei dem der Lohnverlust aber größer ausfallen wird.

Draufgezahlt hat vor allem die Landesregierung von NRW, die wieder die Rolle des Garanten der sozialen Absi-

cherung des Abbaus im Montanbereich übernommen hat. Ihr ging es darum, eine „arbeitsmarktpolitische Katastrophen“ zu verhindern. Finanz- und energiepolitisch könnte er das Ergebnis nicht vertreten, erklärte Ministerpräsident Rau ausdrücklich im Landtag. Um eine weitere Verschuldung zu verhindern, will die Landesregierung die Zahlungen von NRW in den Länderfinanzausgleich überprüfen.

Im großen und ganzen äußern sich jedoch alle Seiten zufrieden. Am besten kommen die Energiekonzerne weg, denen die Subventionen jahrzehntelang Extraprofite sicherten. Durch den Kohlepennig, später durch die Verstromungshilfen wurden VEBA, RWE und VEW – alle Anteilseigner der Ruhrkohle AG – niedrige Preise für die heimische Steinkohle garantiert, angelehnt an die Weltmarktpreise für Energie. Doch obwohl diese Preise sanken und die Subventionen stiegen, senkten sie die Strompreise kaum. Auch die Energiekonzerne haben auf einen vorsichtigeren Abbau der Subventionen gedrängt. Ruhrkohle-Chef Neipp: „Damit ist ein langfristig lebensfähiger Steinkohlebergbau über 2005 hinaus möglich, mit dem auch zukünftigen Generationen der Zugang zu den wesentlichen deutschen Lagerstätten erhalten werden kann“. Tatsächlich würde es viel Zeit und Geld kosten, stillgelegte Zechen zu reaktivieren – wenn z.B. eine Krisensituation ausgerufen wird. Diese Option wollen die Energiekonzerne offenhalten. Der von der Ruhrkohle AG verlangte „Eigenbeitrag“ von 200 Mio. DM ist gering.

Trotz „Abfederung“ steht dem Steinkohle-Bergbau an Ruhr und Saar ein weiterer, drastischer Umbruch bevor. Von den 86.000 Beschäftigten sollen in acht Jahren knapp 40.000 übrig sein, insgesamt wird mit einem Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen gerechnet. An Umstrukturierungshilfen der betroffenen Länder will sich die Bundesregierung nicht beteiligen. Ihr geht es darum, Gelder zu kappen und die hier geforderte Kohle durch die weitere Nutzung der Atomenergie und Importkohle zu ersetzen. Dabei werden die Subventionen pro Bergmann im Jahre 2005 mit rund 140.000 DM sogar noch höher liegen, als heute – weit mehr, als die Lohnkosten. Wäre es nicht angebracht, mit den Bergleuten die Möglichkeiten einer kostengünstigeren, an sozialen und umweltpolitischen Zielen ausgerichteten Energiepolitik zu erörtern? (wof)

Den Trägerkreis des Bündnisses bilden Gewerkschaften (DGB, HBV, NGG, IG Medien, DPG, IG BAU, DAG), der Deutsche Frauenrat und kirchliche Zusammenschlüsse (kda, FKAB, EFD, kfd). Als Bündnispartnerinnen sind von Anfang an dabei SPD, Bündnisgrüne und PDS, die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbeauftragter, Frauenbeauftragte einzelner Länder, Südwind e.V. und andere sowie aus den neuen Bundesländern der Demokratische Frauenbund e.V., der Unabhängige Frauenverband e.V. sowie der Frauenpolitische Runde Tisch – weil es halt vor allem Frauen trifft.

Zur Brisanz der Lage

Als geringfügig beschäftigt zählen diejenigen, die maximal 610 DM (West) bzw. 520 DM (Ost) für höchstens 15 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche erhalten. Obwohl das einmütige Analyseergebnis vielfältiger Untersuchungen zum Ausmaß ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse lautet: „Tendenz steigend“, sind statistische Aussagen höchst widersprüchlich und verwirrend. Wie bestellt, äußerte sich der Bericht der Blümischen Rentenkommission von Januar dazu, so daß einigermaßen offiziell bestätigt wurde, daß von 1991 bis 1995 die Zahl geringfügig Beschäftigter um 25% auf 6,4 Millionen gestiegen ist.

Geringfügige Beschäftigung ist vor allem im Handel und im Dienstleistungsbereich anzutreffen. Die Anbieter handeln aus unterschiedlichen Motivationen so. Da sind Verbände und Vereine im sozialen Dienst, die mit ständig leeren Kassen auf derartige Kräfte angewiesen sind. Aber da sind auch die Supermärkte, die massenhaft WarenauffüllerInnen ungeschützt anstellen, um Wettbewerbsvorteile zu haben. Die Verlängerung der Ladenschlußzeiten und die Privatisierung der Post führen nachweislich zu weiterer massenweiser Zergliederung von Normalarbeitsverhältnissen.

Brisant ist, daß mittlerweile Millionen, vor allem Frauen, auf derartige Beschäftigungen als einzige Möglichkeit der Erwerbsarbeit angewiesen sind. Nicht deshalb, weil Frauen solche Beschäftigungen bevorzugen, wie oft behauptet wird, sondern weil sie auf dem Arbeitsmarkt nichts anderes finden. Befragungen in den neuen Bundesländern zeigen, daß nur 5% der Frauen, die arbeiten wollen, das unter 25 Stunden wünschen, knapp 40% favorisieren Arbeitszeiten zwischen 25 und 38 Stunden.

Für viele Arbeitslose ist heute solch ein Job nicht nur Aufbesserung des niedrigen Arbeitslosengeldes, sondern vor allem eine Möglichkeit, der häuslichen Isolation zu entfliehen. Oft wird geringfügige Beschäftigung als willkommenes Zubrot für verheiratete Hausfrauen deklariert. Die Statistik belegt allerdings auch hier tendenziell die brisante Aussage, daß verheiratete Frauen wegen des niedrigen Haushaltseinkommens dringend das Zubrot brauchen. Viele haben die Hoffnung, über eine geringfügige Beschäftigung in einen Normaljob zu kommen.

Die soziale Absicherung ist überfällig

Die Bundesregierung sperrt sich dagegen mit dem Argument, daß „der Gefahr der Erosion der Solidargemeinschaft und des versicherungspflichtigen Arbeitsentgeltes zwar entgegengewirkt“ werden könnte, aber „negative Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme und auf die Arbeitswelt“ nicht ausgeschlossen werden könnten (Bericht der Rentenkommission). In der Tat

ist die Einbeziehung geringfügiger Beschäftigungen in die Sozialversicherung kein einfaches Unterfangen. Das ist aber kein Grund, die Sache im Interesse der Betroffenen nicht anzupacken. Alle Oppositionsparteien haben eigene, inhaltlich unterschiedliche Anträge in den Bundestag eingebracht.

Der Antrag der SPD „Beseitigung des Mißbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung“ (Ds. 13/3301 vom 11.12.95) schafft leider keinen normalen Versicherungsschutz, sondern erlaubt zwischen einer Bagatellgrenze von 85,40 DM bzw. 72,80 DM und der Geringfügigkeitsgrenze nur eingeschränkte Ansprüche. Das verkompliziert die Sozialversicherung noch mehr, ohne die Betroffenen hinreichend zu schützen.

muß und die Versicherungspflicht für jede Stunde Arbeit daran nicht scheitern darf.

Der Vorschlag alleiniger Beitragstragung durch den Arbeitgeber ist für das Sozialrecht nicht völlig neu, im Prinzip besteht sie bei Beschäftigungen zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der sogenannten Geringverdienergrenze mit dem Ergebnis, daß in dieser Spanne keine Beschäftigungen angeboten wurden. Unser Vorschlag, Beiträge für Beschäftigungen unterhalb des Existenzminimums allein vom Arbeitgeber tragen zu lassen, ist eine logische Konsequenz aus dem Steuerrecht. Wenn Einkommen unterhalb des Existenzminimums steuerfrei gestellt werden (leider setzt die Regierung unzureichend nur 1.000 DM an), so gebietet die Gleich-

um den Gegnern der Versicherungspflicht für jede Stunde, die argumentieren, das brächte ja nichts für's Rentenkonto, etwas entgegensezen zu können.

In der Tat bringt die Versicherung einer geringfügigen Beschäftigung pro Jahr ganze 0,14 Entgeltpunkte aufs Rentenkonto, was derzeit 6,66 DM (West) bzw. 5,48 DM (Ost) an monatlicher Rente einbringen würde. Um das zu beheben, ist zum einen der Druck auf mindestens existenzsichernde Jobs hilfreich. 1.425 DM netto einkalkuliert, ergäbe das bei einer Beitragsentrichtung vom Brutto 0,50 Entgeltpunkte. Zum anderen fordern wir, daß die Regelung für eine Rente nach Mindestentgeltpunkten weitergeführt wird, danach würden die erzielten Entgeltpunkte mit 1,5 multipliziert. Bei mindestens exi-

Mittendrin ... und trotzdem draußen – geringfügig Beschäftigte sozialversichern!

Petra Bläss und Martina Bunge über ein bundesweites Bündnis

Weil sozialversicherungsfreie geringfügige Beschäftigungen explosionsartig zunehmen und die sogenannten 610- bzw. 520 DM-Jobs nicht nur einen geringen Verdienst darstellen, sondern keinen Schutz bei Arbeitslosigkeit bieten und keine Rentenanwartschaften fürs Alter bringen, hat sich ein Bündnis zusammengefunden. Mit einer bundesweiten Kampagne soll die überfällige Einbeziehung geringfügig Beschäftigter in die Solidargemeinschaft beim Gesetzgeber angeholt und eingefordert werden

Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Antrag „Jede dauerhafte Beschäftigung sozialversichern“ (Ds. 13/4969 vom 19.6.96) zwar weitestgehend unterstützenswertes, doch die detaillierte Umsetzung bleibt offen. Problematisch ist der Vorschlag für einen Dienstleistungsscheck zur Absicherung von „Dienstmädchen“.

Der PDS-Antrag „Sozialversicherungspflicht für jede bezahlte Arbeitsstunde“ (Ds. 13/6090 vom 12.11.96) will nicht nur die Betroffenen sozial sichern, sondern zugleich diese Art von Arbeit für die Arbeitgeber weniger lukrativ machen.

Da die Absicherung zugegebenermaßen nicht einfach ist, sei auf unseren Lösungsvorschlag etwas näher eingegangen.

Der PDS-Antrag

Zu den Beiträgen

Wir schlagen für die Beitragszahlung vor, daß der Arbeitgeber beide Beitragsanteile tragen, und zwar für Einkommen unterhalb des Existenzminimums (das wir derzeit bei 1.425 DM ansetzen).

Wir hoffen damit auf zwei Effekte:

Zum einen soll damit die Akzeptanz der Versicherungspflicht bei den Beschäftigten erhöht werden. Denn klar ist, daß viele vorrangig das Geld auf die Hand heute sehen und weniger an die Folgen später denken. Und in der Tat sind Einkommenseinbußen bei derart geringen Verdiensten durch Beiträge auch unzumutbar.

Zum anderen soll durch die alleinige Beitragstragung durch die Arbeitgeber eine Stimulans entstehen, vorhandene Arbeit nicht immer weiter zu zergliedern. Sicher wird das Arbeitgeber im sozialen Bereich mit ihren strapazierten Kassen wenig erfreuen. Praktikable Ausschlußkriterien haben wir nicht gefunden und meinen auch, daß die schwierige finanzielle Situation über eine Reform der Finanzausstattung der sozialen Infrastruktur gelöst werden

heit, derart geringe Einkommen auch nicht mit Versicherungsbeiträgen zu begleiten.

Befürchtungen, daß damit weniger Arbeitsplätze entstehen könnten, sind nicht zwingend. Notwendige Arbeiten verschwinden ja nicht einfach, sondern es wird zu einer anderen Bündelung von Stunden und damit zu einer anderen Struktur der angebotenen Arbeitsplätze kommen.

Zu den Ansprüchen

Der notwendige Versicherungsschutz hängt wesentlich von der sozialen Stellung der geringfügig Beschäftigten ab. Die Struktur ist außerordentlich heterogen, durch die Entwicklung in den neuen Bundesländern vergrößert sich die Vielfalt. Nicht mehr nur Hausfrauen, SchülerInnen und StudentInnen suchen in geringfügiger Beschäftigung eine Verdienstquelle (in den alten Bundesländern machen diese 77% aus, in den neuen 31%), sondern auch Arbeitslose und RentnerInnen bessern damit ihre geringen Bezüge auf (in den alten Bundesländern 13%, in den neuen 57%). Für einen nicht unerheblichen Teil ist geringfügige Beschäftigung eine Nebentätigkeit zum Vollzeit-Job. Vom Ausgangsstatus der geringfügig Beschäftigten hängt wesentlich der erforderliche Versicherungsschutz und damit Leistungsanspruch ab.

Einleuchtend wird sein, daß RentnerInnen bei Verlust der geringfügigen Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitsförderung benötigen, wohl aber die Hausfrau, die über die geringfügige Beschäftigung den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben versucht. Ähnlich bei der Rentenversicherung, wo sicher den SchülerInnen noch kein Anspruch und den RentnerInnen kein weiterer Anspruch erwachsen sollte, wohl aber StudentInnen, Arbeitslosen, Hausfrauen, SozialhilfeempfängerInnen. Nicht einfach sind die Regelungen für's Rentenrecht, die auch einigermaßen sichernde Renten ermöglichen. Sich einen Kopf darüber zu machen, ist aber notwendig,

so stenzsichernden Einkommen kämen so immerhin 0,75 Entgeltpunkte zustande. Ein Wert, mit dem heute die Jahre von Kindererziehung und andere Ausfallzeiten belegt werden. Geringeres Einkommen bringt eben weniger Punkte, doch die sind besser als nichts – so wie die Sachlage heute ist.

Wie weiter mit dem Bündnis?

Jede bezahlte Arbeitsstunde abhängiger Beschäftigung versicherungspflichtig zu machen, wird nicht nur eines harten parlamentarischen Kampfes bedürfen, sondern auch breiter Aufklärung unter Betroffenen, damit außerparlamentarischer Protest in erforderlicher Stärke anschwillt. Die Kampagne des Bündnisses soll sich vorerst auf 1997 konzentrieren, mit dem Ziel, daß noch in dieser Legislaturperiode etwas passiert. Der Trägerkreis will das Wirken koordinieren, aber zugleich haben wir in den Gründungsberatungen betont, daß die Kampagne davon leben wird, wie jede Bündnispartnerin und jeder Bündnispartner das Ganze in seiner eigenen Struktur befördern wird.

Am 21. Februar 1997 hat sich das Bündnis in Bonn in einer Bundespressekonferenz vorgestellt. Die Medienresonanz war erschreckend gering und zeigt, wie wenig dieses brisante Thema im öffentlichen Bewußtsein verankert ist. Seither gibt es einen Aufruf, der zum Bündnisbeitritt und vor allem zum aktiven Mitmachen auffordert. Der PDS-Bundesvorstand hat diese Blätter geordnet und will sie an die Landes- und Kreisverbände weiterreichen. Die Bundestagsgruppe erstellt für den 1. Mai ein Flugblatt zur Problematik geringfügige Beschäftigung und Kampagne, so daß sich alle PDS-Gliederungen einschalten können. Ideen für vielfältige Aktionsformen sind noch gefragt.

Petra Bläss ist sozialpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe. Martina Bunge ist Mitarbeiterin von Petra Bläss.

Verfassungsschutz gegen Antifa-Zeitung

Kriminalisierung der Zeitschrift „Der Rechte Rand“

Zu den Versuchen der Landesämter des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg und Hamburg erklärten am 5. März Annelie Buntebach, Bundestagsabgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe:

„Der Rechte Rand“ wurde in einer jüngst veröffentlichten Broschüre des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg erwähnt. Unter dem Stichwort „Anarchismus“ wird den LeserInnen der Broschüre unkommentiert ein Titelbild des „Rechten Rands“ dargeboten. Zudem bezeichnete die Landesregierung Baden-Württemberg in der Antwort auf die Anfrage der REPs zur „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ den „Rechten Rand“ als „linksextremistisch“.

Der Kriminalisierung der Zeitschrift durch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ging voraus, daß „Der Rechte Rand“ bereits im Jahr 1995 im Verfassungsschutzbericht Hamburg aufgetaucht ist. Hier wird nicht nur suggeriert, die antifaschistische Zeitschrift setze „Drohgebärden“ ein, um „politische Gegner einzuschüchtern, zu vertreiben oder mundtot zu machen“. Der Zeitschrift wird außerdem zum Vorwurf gemacht, daß sie durch die Veröffentlichung des Aufrufs „Antifaschistische Offensive“ in der November/Dezember-Ausgabe 1995 feststellte, keine Gemeinsamkeiten mit Nazis zu haben und daß sie dazu aufrief, (Neo-)faschisten nicht durch das Feilbieten von öffentlichen Foren bei der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie zu unterstützen (S. 159).

Tatsächlich orientiert sich der Aufruf „Antifaschistische Offensive“ an dem „Appell an die Wachsamkeit“, der im Juli 1993 von 40 Intellektuellen in Frankreich veröffentlicht worden und u.a. von Pierre Bourdieu, Jacques Derrida und Umberto Eco unterzeichnet worden ist.

Es handelt sich hier in beiden Fällen um einen Versuch der Kriminalisierung einer antifaschistischen Zeitschrift, die strömungsübergreifend arbeitet. Antifaschistische Aufklärungsarbeit, eigentlich Sache der Regierung, wird durch die Innenminister von Bund und Ländern kriminalisiert. Jeder antifaschistischen Initiative wird unterschiedslos unterstellt, die Verfassung zu gefährden. Diese Politik ist die des staatlichen Anti-Antifaschismus.

Die Verwendung von „Nazi-Jargon“ hat offensichtlich wieder Konjunktur: „Der Müll zieht Ratten an, und Verwahrlosung zieht Gesindel an“, so äußerte sich der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Landowsky vor wenigen Tagen. Damit richtete er sich gegen Obdachlose, gegen Graffiti, besetzte Häuser und Immigranten. Solche menschenfeindlichen Äußerungen wie diese, die sicherlich in keinem VS-Bericht auftauchen werden, werfen düstere Schatten auf die politische Zukunft in diesem Land.

Die NATO-Osterweiterung oder wie Osteuropa neu aufgerüstet wird

Von Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen

Derzeit gehen die Verhandlungen über die NATO-Osterweiterung in die heiße Phase. Doch Verhandlungen mit Russlands Führung und mit den Regierungen der „Beitrittskandidaten“ sind nur die offizielle Seite. Auf der militärischen Ebene bei den Truppen wird seit Jahren sehr intensiv zusammengearbeitet. Die Bundesregierung leitet umfangreiche „militärische Ausbildungshilfe“, im Falle Ungarns seit 1991. Grundlage der Zusammenarbeit mit Ungarn beispielsweise ist ein „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Beziehungen“ vom 6. Februar 1992. Konkretisiert wurde das ganze dann mit einer „Vereinbarung über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich“ vom 6. April 1993. Von den 56 Staaten, für die die Bundesregierung „militärische Ausbildungshilfe“ anbietet, sind die für Polen, Tschechien und Ungarn die umfangreichsten. Für Ungarn gab es 1996 58 Einzelmaßnahmen, für Polen 85. Das Ganze reicht von gemeinsamen sportlichen Wettkämpfen über den „Austausch“ von militärischer Erfahrung und konkreten Waffenschulungen sowie Truppenpatenschaften bis zu kostenlosen Offiziersausbildungen und Manövern. Schwerpunkt ist dabei die „militärische Aufbauhilfe“.

Die Manöver, meist im Rahmen des Programmes „Partnerschaft für Frieden“, sind für beide Seiten zentral. Hier werden die Soldaten der Beitrittsstaaten an die NATO „herangeführt“. Sie sind quasi ein NATO-Ausbildungsprogramm für die osteuropäischen Armeen. Und was wird bei den Manövern geübt? Beim Manöver „US Baltops 1996“ vom 17. bis 21.6.1996 beispielsweise übten Armeen aus 13 Ostsee-Anlieger-Staaten, mit dabei Deutschland (als Gastgeberland), Russland, Polen, Estland, Lettland und Litauen, unter Anleitung der US-Küstenwache, die ihre Erfahrungen im Gebiet zwischen Florida und Kuba einbrachte, die Abwehr von Flüchtlingen im Ostseeraum. Vielleicht ein künftiges Szenario für Militäreinsätze?

Neue Aufrüstungswelle

Offiziell heißt es, „daß die NATO keinen Druck auf die künftigen Mitgliedsländer ausüben wird, daß diese ihre Streitkräfte modernisieren“. Bei der NATO werde auch „die Erweiterung nicht als Möglichkeit betrachtet, daß sich der militärisch-industrielle Komplex bereichert“, und man „von den künftigen Mitgliedsländern nicht verlangen wird, daß sie die neue westliche Technik kaufen“. Diese Worte stammen vom Spiritus Rectus der NATO, dem Vorsitzenden des Militärausschusses, dem deutschen General Klaus Naumann, gesprochen in einem Interview im Dezember 1996.

Auch wenn Naumann schon immer – auch zu Zeiten als Generalinspekteur der Bundeswehr – offen formulierte,

welche strategischen Ziele er für Bundeswehr und NATO vorsah und vorsieht (Stichwort: Verteidigungspolitische Richtlinien etc.), diesmal sind Zweifel an seinen Worten angebracht. Denn bei der NATO ist immer häufiger die Rede von „Standardisierung der Ausrüstungen“ der osteuropäischen Staaten. Gemeint ist damit, daß sich die NATO-Beitrittskandidaten mit Kriegswaffen eindecken sollen, die auch im Westen im Gebrauch sind. Nicht zwangsläufig sind damit fabrikneue westliche Rüstungsgüter gemeint. Es können auch „alte Waffensysteme“ (auch ehemaliges NVA-Material) sein. Diese darf Volker

liert, daß man „wegen des derzeitigen Wirtschaftsgefüles“ in Zukunft Zulieferer von billigen, aber hochqualitativen Teilprodukten für NATO-Waffen“ sein könnte. In diesem Zusammenhang wurde Interesse angemeldet an einer Lizenzproduktion der US-Fighter F-16. „Dies brächte zwei große Vorteile: Die polnische Luftwaffe bekäme ein modernes Kampfflugzeug, und die unter finanziellen Schwierigkeiten leidende Flugzeugindustrie hätte neue Aufträge.“

Gleich welche der Varianten sich letztendlich durchsetzt, es kommt zu einer neuen Aufrüstungswelle.

Ergänzt werden die oben genannten Rüstungslieferungen außerdem durch weitere: Alle NATO-Armeen wurden und werden derzeit umstrukturiert: kleinere, schlagkräftige Truppen und mobilere Waffensysteme. Auch die alte Bundeswehr gibt es nicht mehr, inzwischen gibt es eine neue Bundeswehr mit neuer Strategie, neuer Struktur und neuer Bewaffnung. Mindestens 215 neue Beschaffungsprojekte der Bundeswehr können wir von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) nachweisen. Um diese gigantische Aufrüstungswelle zu fi-

nanzieren, muß auch exportiert und kooperiert werden. So auch mit den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes: Polen beispielsweise hat Interesse gekundet am neuen gepanzerten Transportfahrzeug (GTK), das im Jahr 2004 bei der Bundeswehr eingeführt werden soll.

Die NATO-Osterweiterung ist und wird teuer

1996 wurden in der Bundesrepublik 12 Millionen DM für militärische Kontakte mit Staaten des GUS, baltischen Staaten und mittelost- und südosteuropäischen Staaten ausgegeben, 3,4 Millionen DM allein für die militärische Ausbildungshilfe.

Eine Studie für das Budgetbüro des US-Kongresses aus dem Jahre 1996 beziffert die Gesamtkosten für die NATO-Osterweiterung im Zeitraum 1996 bis 2001 je nach Modell auf zwischen 60,6 und 124,7 Milliarden US-Dollar. Zwischen 13,8 und 54,0 Milliarden würden auf die europäischen NATO-Staaten zu kommen, zwischen 4,8 und 18,9 Milliarden Dollar auf die USA und 42,0 bis 51,8 Milliarden auf die neuen NATO-Mitglieder.

Als notwendig empfunden wird dort eine sogenannte Luftabwehr. Je nach Modell sind Kauf, Leasing oder kostenlose Überlassen von Kampfflugzeugen mit eingerechnet, in der billigsten Variante übernehmen diese „Luftabwehr“ einige der alten NATO-Staaten.

Wie sich die mittel- und osteuropäischen Staaten diese gigantischen Summen leisten sollen, ist fraglich. Nicht unwahrscheinlich ist eine neue ökonomische Abhängigkeit osteuropäischer Staaten vom Westen.



Das „Bombengeschäft“ hat schon begonnen: Lettische Soldaten im August 1996 bei einer Übung im amerikanischen Bundesstaat North Carolina im Rahmen des „Partnership for Peace“-Programms der NATO. Bild aus: „NATO-Brief“ Nr. 6, November '96.

Internationale Demonstration gegen FN-Parteitag

Demonstration am 29. März in Strasbourg. Auftakt: 14.30 Uhr, Place de l'Étoile

Am Osterwochendende, vom 28. bis 30. März, wird im Palais des Congrès in Strasbourg der nächste Kongreß des Front National (FN) stattfinden. Dieses Hochamt der „nationalen Bewegung“ (Eigenbezeichnung) – ein seltenes Ereignis, das nur alle drei Jahre stattfindet – wird dem FN die Plattform abgeben, sein neues Wirtschaftsprogramm zu besiegen und sich im Hinblick auf die im März 1998 anstehenden Parlamentswahlen zu profilieren. Am Montag, den 31. März schließt sich daran in Strasbourg eine Großveranstaltung u.a. mit Parteichef Jean-Marie Le Pen und dem FN-Chefideologen Bruno Mégrét an.

Die Rechtsextremen werden die Stadt aber nicht für sich alleine haben: dafür sorgt ein umfangreiches Programm von Gegenaktivitäten, das sich über die gesamten drei Tage der Dauer des Kongresses erstreckt und das unter dem Motto „Strasburg ist nicht Sigmaringen“ steht – im süddeutschen Sigmaringen saßen nach der Be- freiung Frankreichs 1944 die letzten Kol- laborateure mit Na- zideutschland, darunter Jacques Do- riot, die der Besat- zungsmacht gefolgt waren.

Die Zentralveranstaltung dabei bildet die als grenz-überschreitend konzipierte („europäische“) Demonstration am Sonnabend, den 29. März, die um 15 Uhr an der Place d’Etoile beginnt. Die Demoroute führt an symbolischen Stätten wie dem ehemaligen Sitz der Gestapo und der von den Nazis unter der Besatzung angezündeten Synagoge vorbei.

Im Anschluß an die Demonstration sollen ab 17 Uhr und den ganzen Abend über Aktionen auf der Place Kléber stattfinden.

Trägergruppe ist ein örtliches Kollektiv „Gerechtigkeit und Freiheit“ (so benannt nach einer gleichnamigen italienischen antifaschistischen Gruppe, deren Führer Carlo und Nello Rosselini 1937 im Exil von französischen Rechtsextremen ermordet wurden). Diesem gehören neben diversen französischen politischen (Antifa-Netz „Ras le Front“, Die Grünen, trotzkistische LCR, Jungsozialisten, KP, Linksliberale) und sozialen Gruppen (Arbeitslosenbewegung AC, Anti-AIDS-Aktivistengruppe Act Up, Gewerkschaften wie FSU und SUD, Studentengewerkschaften UNEF und UNEF-ID) auch deutsche Organisationen von der gegenüberliegenden Rheinseite (GEW Kehl, DGV Ortenau) an. Jeden Tag kommen neue Gruppen unterschiedlichster Art hinzu; laut Angaben der Veranstalter unterstützt deutscherseits mittlerweile auch die IG Metall die Demonstration (Bei Redaktionsschluß riefen auch der DGB Baden-Württemberg und die VVN/BdA Baden-Württemberg auf, Einf. d. Red.) Die CGT hat angekündigt, zu diesem Anlaß auf regionaler Ebene 5.000 CGT-Gewerk-

schafter zu mobilisieren. Auch der Parti Socialiste (PS) ruft inzwischen mit auf.

In den letzten Wochen, seit dem FN-Sieg in Vitrolles am 9.2., ist die Gegnerschaft gegen die rechtsextreme Partei auf den Straßen sichtbar wie seit Bestehen des FN nicht: am 9. März demonstrierten 4.500 Menschen gegen den Regionalkongreß des FN in Nizza und eine (möglicherweise absichtlich erzeugte) Panne legte die gesamte Stromversorgung des Kongresses lahm – Le Pen denunzierte sofort das „CGT-Pack bei der (Stromgesellschaft) EDF“. Am Montag folgten 5.000 Demonstranten gegen Bruno Méret in Annecy und am 11. März 10.000 in Marseille gegen eine Veranstaltung mit Le Pen und Méret.

Die Tage in Strasburg werden mit Gegenaktivitäten politischer und kul-

tureller Natur abgedeckt sein, die sich in ihrer Gesamtheit jedem Überblick entziehen – die Palette reicht bis hin zu einem antifaschistischen Fußballspiel, Alle Kinos und Theater werden ihre Türen für antifaschistische Aktivitäten öffnen, an erster Stelle ist hier vielleicht der Samstagabend in der Rheinoper (Opéra du Rhin) zu nennen, den die (im Kampf gegen den FN sehr aktive) linke Wochen- und Satirezeitung Charlie Hebdo ausrichtet. Politische Inhalte werden in Foren angeboten sowie an Runden Tischen. (bhs)

Proteste gegen Ausländergesetz fortgesetzt

Bei einer Kundgebung gegen die rechtsradikale Partei Front National ist es in der vergangenen Woche in der südfranzösische Stadt Marseille zu Ausschreitungen gekommen. Bei den Zusammenstößen zwischen der Polizei und mehr als 300 Demonstranten wurden nach offiziellen Angaben fünf Menschen verletzt. Kurze Zeit später detonierte in einem Wahlkreis Büro der ausländerfeindlichen Partei in der Innenstadt ein Sprengsatz, der leichten Sachschaden angerichtet. Anlaß der Proteste war ein gemeinsamer Auftritt von FN Führer Jean Marie Le Pen und dem Chef Ideologen der Partei, Bruno Megret.

Nach Angaben der Veranstalter der antifaschistischen Aktionen - ca. 30 Organisationen hatten zu der Aktion aufgerufen - beteiligten sich Zehntausend an der Demonstration unter dem Motto „Rassismus und Faschismus - Gefahr für die Demokratie!“

In mehreren anderen französischen Städten haben am gleichen Tag wieder Tausende gegen das umstrittene Ausländergesetz der bürgerlichen-konservativen Regierung demonstriert. Die größte Kundgebung mit rund 4.000 Teilnehmern fand vor dem Senat in Paris statt, dem Oberhaus des französischen Parlaments. Die Senatoren hatten den umstrittenen Gesetzentwurf zugestimmt, den die Nationalversammlung Ende Februar mit klarer Mehrheit gebilligt. Er sieht unter anderem vor, daß Ausländer künftig nicht mehr automatisch Anspruch auf eine Verlängerung ihres Aufenthalts Erlaubnis haben. Bei Besuchen in Frankreich müssen sich Bürger aus den meisten arabischen und afrikanischen Staaten künftig bei der Polizei an- und abmelden. Bisher sind rund hundert 20.000 Petitionen gegen das nach Innenminister Jean Louis Debre benannte Gesetz eingebracht worden.



Weg mit dem braunen Zaubertrunk! Zeichnung des Asterix-Zeichners Uderzo gegen das Debre-Gesetz. Der Text auf dem Kessel zitiert die Hymne der Nazi-Kollaborateure von Vichy, „Marchall Pétain, wir sind bereit“ (Liberation 17.2.).

Aus einem Aufruf der Antifa Offenburg

Auch von Gruppen aus der Richtung der „Antifaschistischen Aktion“ wird nach Straßburg mobilisiert. Hier Auszüge aus einem Aufruf der Antifa Offenburg.

In Frankreich ist in letzter Zeit deutlich ein Trend nach rechts zu erkennen. Mittlerweile stellt die Front National, eine Partei, die in den 70er Jahren maßgeblich von ehemaligen aktiven Kollaborateuren mit Nazi-Deutschland aufgebaut wurde, schon in der vierten französischen Stadt den Bürgermeister.

Die Partei Jean-Marie Le Pens ist bekannt dafür, rassistisches Gedanken-gut zu verbreiten und die Meinungs-freiheit einzuschränken. So machte das FN-Rathaus von Orange mit seiner „Säuberungen“ der städtischen Bi-bliothek von sich reden. Der faschisti-sche Bürgermeister ließ dabei Bücher,

die zu weltoffen waren, verschwinden. Das fing an bei Kinderbüchern mit Märchen aus Afrika, Südamerika, China und Haiti. Auch verschwand „ideologisch Unkorrektes“ wie Bücher über den Zweiten Weltkrieg, über Rassismus und Rapsmusik.

Zur Hauptzielscheibe der rechtsextremen „Kulturoffensive“ wurde die Rapgruppe „NTM“. Für die extreme Rechte gilt sie als Ausdruck von Dekadenz und Verfall Frankreichs schlechthin, gepaart mit christlichen Argumentationen des Schutzes der Familie (aufgehängt am Namen der Gruppe „Nique Ta Mere“, entspricht dem amerikanischen „motherfucking“). Mit NTM identifiziert sich die Immigrantenjugend aus den teilweise getto-ähnlichen französischen Vorstädten. Ein Gericht im von einem FN-Bürgermeister regierten Toulon verurteilte die NTM-Rapper wegen Beleidigung von Polizeibeamten zu sechs Monaten Haft, davon drei ohne Bewährung.

Andererseits kann sich eine faschistische Musikband wie „Fraction Hexagon“ einiges herausnehmen. Aus einem ihrer Texte: „Eine Kugel für die Zionisten, eine Kugel für die Kosmopoliten, eine Kugel für die Yankees,“

eine Kugel für die Abgeordneten, eine Kugel für die Polizei". Diese „Oï“-Gruppe spielte u.a. bei einem Rockfestival, welches das FN-Rathaus von Orange im Juni 96 organisierte. Ihr Sänger Fabrice Robert ist FN-Kommunalparlamentarier der Pariser Vorstadt La Courneuve.

Bei einer FN-Demonstration am 1. Mai 1995 in Paris ermordeten Skinheads aus Reims den Marokkaner Brahim Bouaraam. Die drei kahlgeschorenen Mörder waren mit einem Parteibus aus Reims zur Le Pen-Kundgebung angereist, und einer von ihnen war zuvor bei FN-Gedenkfeiern tätig.

Die Rechtsentwicklung der Gesellschaft wurde – wie auch in der BRD – durch die restriktive Ausländerpolitik und rassistische Äußerungen führender Politiker der demokratischen Parteien forciert. Für diesen demokratischen Rassismus steht z.B. die Sozialistin Edith Cresson. Als PS-Premierministerin erklärte sie 1992 „der illegalen Einwanderung den Krieg“. Neben Einschränkungen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes ist Cresson für ihre Charterflüge berüchtigt, mit denen Massenabschiebungen vollzogen wurden. (...) (gekürzt)

Sein drei Monaten hält ein Kommando des MRTA die japanische Botschaft in Lima besetzt. Verhandlungen über ihre Forderung, die Freilassung von 300 politischen Gefangenen, sind bislang ohne Erfolg geblieben. Neben ihr existiert noch der PCP/Sendero Luminoso. Welche unterschiedlichen Positionen vertreten die Guerillagruppen in Peru?

Der MRTA wurde 1984 als Partei und bewaffnete Alternative zum PCP/Sendero Luminoso aufgebaut (vgl. PB 3/97). Die peruanische Armee intervenierte äußerst blutig gegen den Aufstand in den Bergen, der PCP sprach von Völkermord, und wahrscheinlich ist, daß die MRTA bei ihrem konkurrierenden Aufbau aus Schwachpunkten des PCP lernen wollte. Ihre Gründung war zunächst verbunden mit Kontakten zur damaligen Regierung. Den Hintergrund für den Kampf bildete eine Symbiose zwischen dem System des wachsenden Koka-Anbaus, des APRA-Regimes und der USA.

Isaac Velasco, der Europavertreter der MRTA sagt zur Gründung der Organisation: „Die MRTA ist als soziale Bewegung entstanden, in ihr kommen verschiedene soziale Sektoren des Landes zusammen, Frauen und Männer aus der Stadt und vom Land, Intellektuelle, Arbeiter usw., die gesamte Gesellschaft. Wir sind Kinder des Volkes und vertreten seine Interessen. Natürlich bedarf die Transformation einer Gesellschaft der Zerstörung des alten und den Aufbau eines neuen Staates. Dies bedeutet, die Macht zu übernehmen. Wenn du wirklich die Probleme der Bevölkerung lösen willst, mußt du den Staat zerstören und die Macht übernehmen. Aber die Macht übernehmen, für wen? ... Da liegt die zentrale Frage. Die Antwort lautet: Die Macht muß in den Händen der Arbeiter von Stadt und Land liegen. Es muß eine wirkliche Demokratie geben, Mechanismen der Volksmacht müssen hervorgebracht werden. Und das praktizieren wir.“

Der als Kopf der MRTA geltende heutige Gefangene Victor Polay 1990 in einem Interview: „Das Gesellschaftsmodell muß vom Volk neu geschaffen werden - von der Basis her. In jedem Betrieb, in jeder Schule muß es Mechanismen der direkten Kontrolle durch das Volk geben. Die Monopole müssen in Volkseigentum übergehen. Damit ist nicht Staatseigentum gemeint - öffentliche Betriebe sind von der jeweiligen Regierung abhängig, und damit sind der Bürokratisierung und Klientelwirtschaft Tür und Tor geöffnet. Und auch durch die Wiederbelebung von Kultur und Gebräuchen entsteht eine neue Identität des Landes.“

Gefragt, welche Rolle dabei der Sendero Luminoso spielt, antwortet Victor Polay: „Sendero ist dogmatisch stalinistisch. In seinen Debatten ist nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen. Und der Mangel an Theorie geht einher mit einer diktatorischen, terroristischen militärischen Praxis, die sich in vielen Fällen gegen das Volk selbst richtet. Sendero repräsentiert die marginalisierten, zurückgebliebenen Sektoren der Gesellschaft, während die Linke eher in den organisierten Bereichen vertreten ist.“

Die kontroverse Auseinandersetzung in Peru wird mit harten Bandagen geführt; der ebenfalls inhaftierte Gonzalo vom PCP/Sendero Luminoso spricht dem MRTA jede kommunistische Gesellschaftsvorstellung ab: „Abgesehen davon, daß es in Kuba keine kommunistische Partei an der Spitze der Revolution gab, handelt es sich hier im übrigen um das ganz spezielle Phänomen des so genannten Kubanismus: als Folge nicht differenzierter Klassestrukturen ent-

stand ein Bedürfnis nach Rettungsfiguren, welche die Unterdrückten zu erlösen hatten; sozialistische Revolution, oder besser Karikatur einer Revolution; eine Einheitsfront ohne nationale Bourgeoisie; außerdem gab es keine Notwendigkeit von Stützpunktgebieten, sowie keine Notwendigkeit einer Partei; was wir heute in Lateinamerika sehen, ist nichts anderes als eine Weiterentwicklung dieser Positionen, die mehr und mehr im Dienste des Sozialimperialismus und seines Kampfes mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft stehen - Zentralamerika ist ein klarer Beweis

lichen Sinne, sondern wir unterstützen mit militärischen Mitteln die Schaffung organisatorischer Basen der Volksmacht. Wenn die Guerilla dabei Erfolg hat, wächst das Vertrauen des Volkes in seine eigene Kraft. Wir würden zum Beispiel nie zu einem 'Paro Armado', einem bewaffneten Streik aufrufen, wie das der 'Leuchtende Pfad' tut. Wenn die Leute nur aus Angst vor Sanktionen zu Hause bleiben, führt das nicht zur Bewußtseinsbildung - solche Praktiken schaden dem bewaffneten Kampf. Als wir im Nordosten einen Streik organisiert haben, war das ganze Volk mit uns auf den

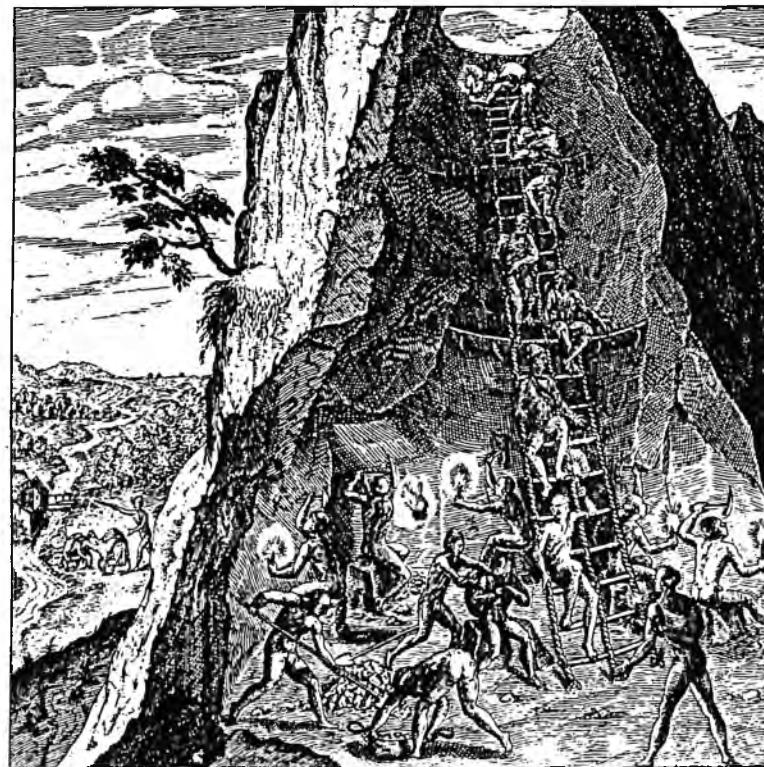
waltiger und Drogenhändler haben wir sofort erschossen. Die Ausbildung unserer Truppe braucht Zeit. In den Camps haben wir eigene Schulen, in denen Theorie und Praxis des Guerillakampfs gelehrt wird.“

Der Vorsitzende des PCP vertritt (oder vertrat) dazu eine andere Meinung: „Eines soll klar sein: ein bewaffneter Kampf ist keine spontane Explosion, nein, das wäre zu gefährlich - es könnte aber passieren, und deshalb beschäftigt uns schon jetzt das Problem des bewaffneten Aufstandes. Wir glauben, daß es Leute gibt, die den Volkskrieg für ihre Zwecke missbrauchen könnten. In einer Veranstaltung des Zentralkomitees haben wir bereits derartige Möglichkeiten ins Auge gefaßt, eine davon ist, daß der Revisionismus oder andere Kräfte 'bewaffnete Aufstände' künstlich generieren, um entweder den normalen Entwicklungsprozeß zu unterbrechen oder um verlorene Positionen wiederzugewinnen - im Dienste ihres Herren, des Sozialimperialismus oder einer anderen Macht, denn es sind viele Mächte daran interessiert, uns zu benutzen.“ (ebd.)

Der PCP hat sich in der Frage weiterer Interventionen etwa 1994 gespalten, nachdem Gonzalo an den Präsidenten Fujimori Briefe formulierte: „Die Fakten zeigen, daß ihre Regierungsführung objektive Fortschritte erreicht hat ... dadurch wurden die Fundamente für den Wirtschaftsprozeß gelegt und die Strukturanpassungen des Staates vorangebracht ...“ Er schlug - vielleicht aus taktilen Gründen - ein „Friedensabkommen“ vor, dies sei „zu einer Notwendigkeit des Volkes, der Nation und der ganzen Gesellschaft Perus geworden.“

Nicht alle Teile des PCP haben diesen Kurs nachvollzogen. Unter der Bezeichnung „Sendero Rojo“ wurden weitere, kleine Guerillaaktivitäten entwickelt. Warum die japanische Botschaft? Velasco: „Japan ist heute eine hochentwickelte Wirtschaftsmacht. Es spielt eine bestimmte Rolle in der internationalen Politik. Japan kann sich den Luxus leisten, einen beträchtlichen Teil der Wall Street einzukaufen ... Viele bedeutende US-Unternehmen bestehen zu beträchtlichen Anteilen aus japanischem Kapital. Daher will Japan auch in Lateinamerika eine bedeutendere Rolle spielen und betrachtet Fujimori als seine Speerspitze. (...) Japan hat, um seine Stellung in Peru auszubauen, den schmutzigen Krieg finanziert.“

Frage: Wird die Besetzung die Machtbasis Fujimoris - nach dem Motto „Die Reihen schließen“ - stabilisieren, oder wird sie Spaltungen hervorrufen? „Die Regierung Fujimoris befindet sich mit dem Rücken an der Wand. Alle, die mit der Regierung zusammenarbeiten - Unternehmer, Politiker oder Militärs - sind sich im klaren darüber, daß sie in Gefahr sind. Sollten sie einmal Kriegsgefangene der MRTA sein, wird diese Regierung nichts für ihr Leben tun. Das ist, wenn wir die Geschichte Lateinamerikas anschauen, sehr ungewöhnlich. Die Genossen der FSLN in Nicaragua haben bei drei Gelegenheiten (in den 70er Jahren) Politiker und Unternehmer mit Verbindung zum Somozaregime als Geiseln genommen, und es endete immer mit der Erfüllung der Forderungen.“ (mc)



Peru, der MRTA und der PCP

Unterschiede in Fragen des Fortgangs der Revolution

dafür. Nach allem, was uns bekannt ist, bewegt sich die MRTA ebenfalls im Rahmen dieser Kriterien ... Die MRTA verteidigt Positionen, die bedenklich sind, z.B. der Waffenstillstand, der mit der APRA vereinbart worden war, bis zu dem Moment - so hieß es - an dem sich die APRA erneut gegen das Volk wenden würde. Wir alle wissen aber, daß von dem Tag an, da García die Präsidentschaft antrat, die Repression gegen die Volksmassen sogar in der Hauptstadt verstärkt wurde. Im Oktober '85 fand der Völkermord in Lurigancho statt. War das nicht ein Schlag gegen das Volk? Und wie lange hat die MRTA mit der Aufhebung der Waffenruhe gewartet? Diese Fragen muß man sich freilich in diesem Zusammenhang stellen.“ (Anm.: In Lurigancho wurden bei einem militärischen Sturmangriff auf das Gefängnis mehr als 300 meist PCP-Gefangene ermordet.)

Auch gegenüber strategischer Entwicklung gibt es zwischen beiden Gruppierungen große Abweichungen.

Victor Polay: „Ziel der MRTA ist es, die formale, die sogenannte repräsentative Demokratie durch die Macht des Volkes zu ersetzen. Unsere Organisation ist dreistufig: zunächst das revolutionäre Volksheer, das aus Vollzeitsoldaten besteht; bei Bedarf wird es durch Teilzeitmilizen ergänzt, und an der Basis, in den Dörfern, gibt es die Selbstverteidigungskomitees, deren Aufgaben über den militärischen Bereich weit hinausgehen - sie sollen auch soziale, politische und juristische Konflikte lösen. Wir schaffen keine 'befreiten Gebiete' im üb-

lichen Sinne. Das hat die MRTA sehr gestärkt, aber längst nicht alle Mitglieder der Volksorganisationen dort gehören der MRTA an.“

Warum hat die MRTA den bewaffneten Kampf gerade in der Provinz San Martin begonnen? „Die Bedingungen erschienen uns günstig: Auf dem Land sind die Bauern hervorragend organisiert, die Gegend ist eine der stabilsten Basen der CCP (Confederación Campesina del Perú) im ganzen Land. Und in den Städten gibt es die 'Frentes de Defensa' (eine Art Volksfront). 1985/86 begannen wir mit dem Aufbau des Volksheeres, 1987 fingen die Aktionen an. ... Wir haben während der Kampagnen 'Che Vive' und 'Tupac Amaru Libertador' vorübergehend einige Provinzstädte eingenommen, Polizeiposten angegriffen und öffentliche Versammlungen durchgeführt. Die Aktionen konzentrierten sich auf Gebiete, wo das Militär

Bauern umgebracht hatte. 1987 ist es uns zum ersten Mal gelungen, eine Provinzhauptstadt einzunehmen, Juanji, mit 25.000 Einwohnern. Im selben Jahr hielten wir zwei Wochen lang das Sisatal (Maisanbaugebiet) besetzt. Bei solchen Aktionen erbeuteten wir Waffen, wir nehmen Polizisten fest und führen ein öffentliches Anklageverfahren gegen sie durch - sie werden dann ermahnt, sich anständig zu benehmen und wieder freigelassen. Wir halten uns an die Genfer Konvention und respektieren die Rechte unserer Gefangenen. Ähnlich verfahren wir mit Verbrechern: im allgemeinen werden sie aufgefordert, aus der Gegend zu verschwinden; lediglich einige Verge-

Albanien: Kampf um die politische Macht

Die Bundesregierung in Bonn nutzt das angebliche Chaos zum Verfassungsbruch

Nicht erst seit dem Golfkrieg wissen wir, daß in den bürgerlichen Medien gezielt Informationen gestreut werden, um eine politische oder militärische Aktion vorzubereiten. Was uns in den letzten Tagen über die Bildschirme flatterte, hatte auch so einen Charakter. Marodierende Haufen halbstarker Jünglinge, die mit Kalashnikows Jagd auf Ausländer in Albanien machen.

Beliebt waren Ausdrücke wie Anarchie, Chaos, Zusammenbruch des Staates. Allen diesen Begriffen liegt zugrunde, daß die Menschen in Albanien offenbar nicht fähig sind, sich selbst zu verwalten.

Solche politische Stimmungsmache kann nun zu verschiedenen Zwecken ausgenützt werden.

Die Bundesregierung nutzte sie zu einem Verfassungsbruch. Stolz wird diese Tat in der FAZ als große Errungenschaft kommentiert. „Diesem Wochenende wird in der Geschichte der Bundeswehr besondere Bedeutung zukommen. In dem Verhältnis zwischen den deutschen zivilen Verfassungsorganen und dem militärischen Verfassungsorgan Bundeswehr hat eine grundlegende Änderung stattgefunden.“

Mit der „grundlegenden Änderung“ meint die FAZ den Verfassungsbruch. Denn: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das vor dem Bosneneinsatz der Bundeswehr gefällt wurde, darf die deutsche Armee außerhalb des Nato-Vertragsgebiets erst nach einer ausdrücklichen Billigung durch den Bundestag eingesetzt werden.

Davon war vor dem Hubschrauber Einsatz in Albanien nichts zu sehen. Was die FAZ mit der lapidaren und verhöhnenden Überschrift titelt: „Der Segen des Bundestages kommt später“.

Daß es in dem Aufstand in Albanien auch nicht einfach nur um „herumballende“ (Kinkel) Clans geht, ist auch dem Albanien-Beauftragten der OSZE, dem österreichischen Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky, aufgefallen. Bei seiner Berichterstattung in Brüssel interpretierte er das ganze als „einen Auf-

ruhr gegen das politische System „,also gegen das System des Noch-Präsidenten Berisha und seiner vom Westen lange Zeit hofierten „Demokratien“.

Berichten von Journalisten ist zu entnehmen, daß sich die Bevölkerung verstärkt in sogenannten „Bürgerkomitees“ organisiert. In vielen Fällen sind die Sprecher dieser Komitees ehemalige Offiziere. Diese wurden von der Berisha-Regierung wegen Sympathie mit den Sozialisten entlassen. Diese Bürgerkomitees organisieren inzwischen die öffentliche Verwaltung und soweit möglich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Was hier in den Medien als „totales Chaos“ firmiert, ist in Wirklichkeit der Aufbau einer neuen politischen Macht.

In den nächsten Tagen wird sich die Koalitionsregierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Fino mit den Bürgerkomitees treffen, um die nächsten Schritte zu diskutieren. In diesen Verhandlungen wird sich herausstellen, in welche politische Richtung sich Albanien entwickeln wird. Hauptforderung der Komitees bleibt der Rücktritt des Präsidenten Berishas, darüber hinaus die Auszahlung der Gelde der zusammengesetzten Pyramidenfirmen.

Wichtig ist auch die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen. Vor allem mit dem sogenannten „Gesetz gegen den Genozid“ hatte die Berisha-Regierung etliche ihnen politisch mißliebige Leute im Knast verschwinden lassen.

Einige durch dieses Gesetz verurteilte Menschen sind in den albanischen Gefängnissen bereits gestorben, so zum Beispiel der legendäre Partisanenkommandant aus der Zeit des nationalen Befreiungskampfes gegen die faschistischen Besatzer, Shefqet Peci, der im Alter von 90 Jahren im Knast starb.

Andere konnten sich selbst befreien, wie der Sozialistenchef Fatos Nano, der möglicherweise bei den nächsten Präsidentenwahlen das Rennen machen wird. (hav)



Der neue konservative Bürgermeister von Belgrad Zoran Djindjic war in der vergangenen Woche zum Antrittsbesuch in Bonn. Hier holte er sich weitere Instruktionen von Kinkel ab. Nachdem die BRD kräftig dafür gesorgt hat, daß das sozialistische Jugoslawien zerschlagen wurde, will man jetzt die Früchte einfahren. Neben Slowenien, Kroatien, und Bosnien will die BRD auch noch den letzten Teil des jugoslawischen Staatenbundes kontrollieren. Kinkel freute sich auf jeden Fall darüber, als Djindjic versprach, „daß sich die politische Krise im Land“ noch weiter verschärfen wird.

Italien: SS-Offizier bezieht zwei Renten

Gegen den ehemaligen SS-Offizier Karl Hass wird am 14. April in Rom ein Gerichtsverfahren wegen seiner Beteiligung an Geiselschießungen eröffnet. Zuvor hatte er als Zeuge im Priebe Prozeß gestanden, zwei der 335 italienischen Zivilisten getötet zu haben, die 1944 von der SS in den Ardeatinischen Höhlen in der Nähe von Rom hingerichtet worden sind.

Hass war nach dem Zweiten Weltkrieg für tot erklärt worden. Nach eigenen Angaben stand er aber im Dienst verschiedener internationaler Geheimdienste, die in Jahrzehntelang gedeckt haben. Erst im Verlaufe des Verfahrens gegen Priebe ist er in der Nähe von Genf entdeckt worden.

Nach Angaben der italienischen Regierung erhält Hass sowohl von Italien als auch von der BRD eine Rente. Nach Auskunft der italienischen Rentenkasino INPS erhalte er monatlich 199.200 Lire (knapp 199 DM). Zudem erhalte er aus der deutschen Rentenversicherung monatlich knapp 900 DM.

Nikaragua: Vorwärts in die Vergangenheit

(Managua, 10. März 1997, Pulsar-Pool).- Die nicaraguanische Armee hat angekündigt, einem früheren General der Nationalgarde des Diktators Anastasio Somoza ein unter der sandinistischen Regierung beschlagnahmtes Grundstück zurückzugeben. Noch wird das Gelände als Militärbasis genutzt. Der gesetzliche Vertreter der Armee, Noel Portocarrero, gab die überraschende Entscheidung gegenüber dem Bundesstaatsanwalt Dr. Julio Centeno Gomez bekannt.

Die Rückgabe wurde von Armeechef General Joaquin Cuadra angeordnet. Vizepräsident Enrique Bolanos ließ bereits verlauten, die Entscheidung der nationalen Armee müsse von denjenigen nachgeahmt werden, die in ihrem Besitz Eigentum haben, das von Somozisten inneren konfisziert wurde. Präsident Arnoldo Alemán hat sogar bei anderer Gelegenheit verlauten lassen, falls die Familie des Diktators Somoza ihre beschlagnahmten Besitztümer zurückfordern wolle, könne sie dies ohne Probleme machen. Der energische Protest der sandinistischen Opposition ist nur eine Zeitfrage. Die Führung der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) hat mehrfach erklärt, daß für sie eine Rückgabe des Somoza-Vermögens nicht infrage komme. Es sei auf der Grundla-

ge der Unterdrückung des nicaraguanschen Volkes erlangt worden.

Slowakei: Studenten streiken gegen die Kulturpolitik

Die Proteste gegen die Kulturpolitik der slowakischen Regierung weiten sich aus. Die Studenten der Hochschule für Musik, Kunst und Filme sowie der Akademie der Schönen Künste und Teile der Studentenschaft der Universität Bratislava haben beschlossen, in den Streik zu treten. Sie unterstützen damit den Ausstand von 16 der 28 staatlichen Theater in der Slowakei. Schauspieler, Personal und Oppositionspolitiker protestieren gegen den Verlust der Eigenständigkeit aller öffentlichen Kulturstätten, die in regionale Intendanten eingegliedert werden. Der frühere slowakische Außenminister Milan Knazko rief auf einer Versammlung der Bürgervereinigung „Retten wir die Kultur“ dazu auf, einen „antifaschistischen Block gegen die Meciar-Gestapo“ zu bilden. Der demokratisch gewählte Teil der Slowakei dürfe nicht der nicht weiter von dem undemokratischen Ministerpräsidenten Vladimir Meciar regieren lassen. Knazko, der sich als Vizepremier mit Meciar überworfen hatte, reagierte damit auf den Polizeieinsatz gegen die Besetzung des Kultusministeriums, an der auch die Bürgervereinigung beteiligt war.

Inzwischen sind Studenten weiterer Hochschulen zur Unterstützung der Forderung nach einer unabhängigen Kulturpolitik in der Slowakei in den Streik getreten. Auch der Gewerkschaftsbund hat sich auf die Seite der Protestierenden gestellt. Und der Regierung vorgeworfen, die Kultur zu knebeln, die Demokratie auszuhöhlen und das Gewerkschaftswesen zu schwächen.

El Salvador: Ex-Guerillas gewinnen in vielen Städten

Kurz vor Redaktionsschluß sind die ersten Wahlergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen in El Salvador bekannt gegeben worden. Nach Auszählung von 58% der Stimmen gibt es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Vertretern der regierenden rechtsgerichteten Partei ARENA und der linken FMLN. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in den 282 Gemeinden schnitt die FMLN erfolgreicher ab als bei den Wahlen 1994. In rund einem Viertel der Gemeinden wird sie den Bürgermeister stellen, darunter auch in der Hauptstadt San Salvador. (Zusammenstellung: hav)



Die Herren mit dem Diplomatenköfferchen und der Schwimmweste auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Das Land, das sie in den Kapitalismus führen wollen, können sie jetzt nur noch unter Polizeischutz verlassen. (Photo: Reuter)

Kurdisches Exilparlament soll in die BRD kommen!

Kölner Beschwerdeausschuß befaßte sich mit einem Bürgerantrag

Köln. Die kommunalen Einflußmöglichkeiten sind im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen viel geringer als in den süddeutschen Ländern. Immerhin gibt es aber die Möglichkeit, ein kommunales Anliegen dem Beschwerdeausschuß vorzutragen. Dies taten vier Kölnerinnen und Kölner am 10. März mit einem Antrag, die Stadt Köln möge das kurdische Exilparlament zu einer Tagung einladen. Wie üblich hatten die Antragsteller zu Beginn das Recht, ihr Anliegen mündlich vorzutragen. Ein Vertreter der Stadtverwaltung folgte mit der Mitteilung, die Beratung der Fraktionsvorsitzenden habe sich mit der Sache bereits befaßt und plädiere für Ablehnung. Ein solches Verfahren ist aber völlig unüblich. So beschwerte sich auch die Grüne Ratsfrau Reimers. Alle Anträge müssen erst im Beschwerdeausschuß behandelt werden und würden dann in den Rat gehen. So hatte der Oberbürgermeister den Antrag bereits für Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt. Selbst der SPD-Ratsherr Dr. Trinkhaus mußte eingestehen, daß dies unüblich sei. Er sprach sich aber generell gegen den Antrag aus. Das Exilparlament habe bisher nur in Hauptstädten wie z.B. Rom getagt. Die Antragsteller/innen mögen doch normal wie alle anderen Räumlichkeiten anmieten und könnten sich dann an den Oberbürgermeister wenden wegen eines Grußworts etc. Dem widersprach die Vertreterin der Grünen vehement: Die Stadt Köln könnte für die 40 000 Kurden und Kurden sehr wohl auch international aktiv werden. Andere Städte würden dies auch tun.

Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses Wilfried Heck von den Grünen bekräftigte diese Meinung und stellte dann den Antrag, daß ein Gutachten erstellt werde, ob ein solcher Empfang rechtlich möglich sei.

Ein Vertreter der Antragsteller/in kritisierte die SPD, die an einem Dialog nicht interessiert sei, z.B. seien am Zustandekommen der friedlichen Kundgebung im Müngersdorfer Stadion die staatlichen Institutionen auf untererer Ebene nicht beteiligt gewesen. Es sei an

der Zeit, den Kurden ein Zeichen zu geben, daß Köln an einem Dialog interessiert sei. Die SPD wackelte, ein Abgeordneter wiederholte die Äußerungen von Dr. Trinkhaus. Dieser wiederum wollte nicht rundweg den Antrag ablehnen. SPD und Grüne verständigten sich darauf, daß der Antrag erst einmal vertagt wird. Die CDUler enthielten sich. Das Büro des Oberbürgermeisters müsse eine Stellungnahme ausarbeiten, ob ein Empfang des Exilparlaments grundsätzlich möglich sei oder nicht. Nachdem der Vorsitzende sich bei den Antragstellern erkundigte, ob die Sache eilt oder nicht, wurde eine weitere Beratung zu dem Thema auf den Mai vertagt und vereinbart, darauf hinzuwirken, daß auf der kommenden Ratssitzung über die Sache noch nicht beraten wird. jöd

Aus der Einlassung der Antragsteller

Sehr geehrte Damen und Herren!
Ihnen liegt heute der Antrag auf Einladung des kurdischen Exilparlaments durch den Rat der Stadt Köln zur Beratung vor. Zunächst möchte ich dazu einige Ausführungen machen, die Sie darin bestätigen mögen, daß eine solche Einladung ein wichtiger Schritt zur Völkerverständigung und zur angestrebten politischen Lösung ist.

Das kurdische Exilparlament wurde am 12. April 1995 in Den Haag gegründet, da in der Türkei die Voraussetzungen für den Ausdruck des freien Willens und die Wahl der Vertreter des kurdischen Volkes faktisch nicht gegeben sind ... Das Exilparlament stellt die Vertretung der in Nordkurdistan (Türkei) sowie im Exillebenden Menschen aus Kurdistan dar. Zu den Abgeordneten gehören Vertreter der prokurdischen Partei der DEP (Partei für Demokratie), die 1994 in der Türkei verboten wurde. Ebenso sind die Minderheiten wie z.B. die Assyrier oder Armenier, verschiedenen Glaubensrichtungen, wie z.B. Yeziden oder Aleviten und verschiedenen Parteien wie PKK, ERNK und der PIK

(Partei islamischer Kurden) vertreten ... Die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) sowie die PSK (Sozialistische Partei Kurdistans) lehnten hingegen ihre Beteiligung am Exilparlament ab. Von den insgesamt 76 Sitzen des Exilparlaments wurden 65 Sitze belegt. Dies bedeutet, daß das Exilparlament für weitere Eintritte jederzeit offen ist ...

Das kurdische Exilparlament ist daher eine Institution, die den Willen eines Volkes demokratisch vertritt. Mit dem Exilparlament hat sich das kurdische Volk jetzt sein eigenes Recht geschaffen und einen offiziellen Status erreicht. Es schützt und entwickelt die Existenz des kurdischen Volkes, beschäftigt sich mit den politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Belangen und Bildungsfragen.

Es unterscheidet die in Kurdistan lebenden Menschen nicht nach Nation, Sprache, Religion, Konfession und Geschlecht und ist offen für alle Menschen, die sich für die Freiheit des kurdischen

Volkes einsetzen. Zur Parlamentseröffnung schickten viele internationale Parlamentarier, Persönlichkeiten und Organisationen ihre Grußbotschaft.

Nun wird konkret auch der Rat der Stadt Köln angerufen mit dem Antrag, einen Dialog mit der parlamentarischen Vertretung des kurdischen Volkes zu beginnen. Immerhin leben in Köln 30.000 Kurden und Kurden und sind an der öffentlichen Tagung dieses Parlaments stark interessiert. Die Stimme des kurdischen Volkes, die sich immer wieder erhebt, muß gehört werden. Dies gehört zu unserer demokratischen Verantwortung und Verpflichtung. In letzter Zeit getagt in Kopenhagen: 12. März 1996, Rom: 15. August 1996, Oslo: November 1996. Der Stadtrat von Rom empfing die Vertreter des Kurdischen Exilparlaments und beteiligte sich sogar an den Kosten der Tagung.

H.K.

Gegen Abschiebung

Am 1.3.97 versammelten sich auf dem Frankfurter Flughafen im Terminal 1 ca. 300 bis 400 Menschen, um gegen die Asyl- und Ausländerpolitik in der BRD zu demonstrieren. Die Veranstaltung begann gegen 12 Uhr mit einer Kundgebung in der Abfertigungshalle B. In verschiedenen Redebetrieben wurde die zentrale Rolle des Frankfurter Flughafens als Drehscheibe der Abschiebemaschinerie der BRD angeprangert und verurteilt. Es wurde darauf hingewiesen, mit welch unsäglichen Methoden wie Fesselung, Knebelung, Ruhigstellung durch Injektionen, (es sei hier an den Flüchtling Kola Bankole erinnert, der bei einer Abschiebung zu Tode gebracht wurde) sich wehrende Flüchtlinge in Flugzeuge verbracht werden, um in ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden.

Nach Beendigung der Anfangskundgebung zogen die TeilnehmerInnen durch das Flughafengebäude zu einem



zweiten Kundgebungsplatz. Bei dieser zweiten Kundgebung wurde unter anderem der Zusammenhang zwischen Reichtum hier und Armut in den Herkunftsländer sowie die gemeinsame Basis von Sexismus und Rassismus und der in der BRD vollzogenen Ausländer- und Flüchtlingspolitik thematisiert. Weitere Beiträge beinhalteten die Nachstellung einer Anhörung vor dem Bundesamt und die Visualisierung eines Erich Fried Gedichts.

kar

Lokaler Widerstand

VVN/BdA verurteilt Militär-einsatz in Rambo-Manier

Hannover. Die VVN/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten ist strikt gegen militärische Einsätze des Bundeswehr in anderen Ländern. Deshalb verurteilen wir den jüngsten Einsatz in Albanien. Er ist unseres Erachtens aus zwei Gründen besonders verhängnisvoll:

- Er ist am Parlament vorbei praktiziert worden. Eine seit Wochen bekannte Situation wurde zum Anlaß genommen, um in einer Nacht- und Nebelaktion auf blitzartig einen Militäreinsatz durchzuführen.

- Die Aktion schafft einen weiteren gefährlichen Präzedenzfall. Die beabsichtigte Evakuierung von Menschen wird zum Anlaß genommen für einen blitzartigen Militäreinsatz, bei dem offenbar in Rambo-Manier gehandelt wurde.

Meldungen zufolge unterbrachen die USA eine Evakuierungs-Aktion als zwei ihrer Hubschrauber beschossen wurden. Die Bundeswehr dagegen griff sofort zum Waffeneinsatz und schoß auf Alba-

nen. Darin kommt eine höchst gefährliche Mentalität zum Ausdruck. Wir fordern nach wie vor, alle Mittel und Kräfte für die Schaffung von Mechanismen der rechtzeitigen Krisenbewältigung ohne militärisches Eingreifen einzusetzen. Das erfordert ein Umdenken. Der Weg militärischer Eingreiftruppen muß verlassen werden.

P. C. Walther,

Bundessprecher der VVN/BdA

Montags-Demos – Breiter Protest gegen Sozialabbau

Göttingen. Die ersten Montags-Demos in Göttingen haben stattgefunden. Ein breites Bündnis gegen den Sozialabbau hat sich hier zusammengefunden, um gegen den Kahlschlag im Sozial- und Gesundheitswesen zu demonstrieren: Von den Gewerkschaften über Wohlfahrtsverbände und Parteien, Bildungsträgern und Jugendverbänden bis zu Autonomen Antifa (M) rufen inzwischen 46 Organisationen auf, allmontäglich auf dem Markt den Protest gegen die Politik der Bonner Regierung laut werden zu lassen. Montags-Demos soll es zunächst bis zum 1. Mai geben: An jedem Montag wird die



Köln. Lautstark protestierten die Müllarbeiter gegen die Pläne des Stadtrates, das Amt für Abfallwirtschaft zu privatisieren. Die ÖTV hat sich jetzt mit einem Flugblatt an die Bevölkerung gewandt.

Umwandlung der Krankenhäuser?

München. Am 5. März fand im überfüllten Colosseum mit über 3000 Beschäftigten die erste gemeinsame Personalversammlung der städtischen Krankenhäuser Bogenhausen, Harlaching, Neuherberg, Schwabing, Thalkirchen, der Zentralwäscherei und des Instituts für Pflegeberufe statt. Eingeladen hatten die Personalvertretungen, um ihre Ablehnung gegen eine erneute Rechtsformänderung der städtischen Krankenhäuser zum Ausdruck zu bringen. Auf dieser Versammlung wurde deutlich, daß dieses Anliegen – die Verhinderung einer Krankenhaus-GmbH – wohl vom grünen Bürgermeister Hep Monatzer nicht unterstützt wird. Aus gewerkschaftlicher Sicht kann insbesondere die Umwandlung der Eigenbetriebe in GmbH's kritisiert werden, was folgende Konsequenzen nach sich ziehen würde:

1. Das gesamte Personal ist nicht mehr Arbeitnehmer der Landeshauptstadt München, sondern der neuen GmbH. Und das hat nach § 613a BGB einen entscheidenden Nachteil. Nach 12 Monaten entfallen die bisher gültigen rechtlichen und tariflichen Schutzpflichten zu Gunsten der Beschäftigten.

2. Es entfallen grundsätzlich alle „freiwilligen“ Leistungen der Stadt München bei einem Übergang in die GmbH und auch in ein Kommunalunternehmen. Das bedeutet konkret: Die Münchenzulage und das bisher für die ArbeitnehmerInnen festgeschriebene städtische Wohnungsprogramm gelten nicht mehr unmittelbar für die Beschäftigten der GmbH. Solche Rechte können ebenfalls nur im Wege von gezielten Vertragsverhandlungen erhalten werden.

3. Heute wird in so gut wie allen Krankenhaus-GmbH's der §118 BetrVG angewendet: Die Beteiligungsrechte des Betriebsrates können eingeschränkt werden, wenn Tendenzträger betroffen sind und es sich um eine tendenzielle Maßnahme handelt. Beispiel: keine Mitbestimmung bei personellen Maßnahmen, wie Einstellungen, Versetzungen, Kündigung und der Festlegung der Arbeitszeit. In einem Tendenzbetrieb entfällt die Beratungs- und Unterrichtspflicht des Unternehmers über wirtschaftliche Angelegenheiten gegenüber dem Betriebsrat, da ein Wirtschaftsausschuß nicht errichtet werden kann.

rul



Stuttgart. „Nicht auf unserem Rücken“ war das Motto des Internationalen Frauentags 1997 in Stuttgart, zu dem landesweit mobilisiert worden war. 2500 waren dem Aufruf eines Bündnisses aus Gewerkschafterinnen, VVN, Frauenorganisationen der Parteien u.a. gefolgt. Eine Kette in der Innenstadt mit „Sparpaketen“ und Angriffe auf die Regierungsmaßnahmen bestimmten das Bild. Kurdische Frauen mit kurdischen Fahnen nahmen ebenfalls teil.

alk

Demonstration von einer anderen Gruppe inhaltlich vorbereitet, am 1. Mai wird überlegt, wie es weitergehen soll.

Die Forderungen werden von den RednerInnen gestellt und sind – entsprechend der Diskussion in den einzelnen Organisationen – höchst unterschiedlich: Von der Rücknahme einzelner Maßnahmen bis zu „Kohl muß weg“. Spannend ist natürlich die weitere Diskussion innerhalb des Bündnisses, das deshalb so wichtig ist, da es eine Breite darstellt, die man selten in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung beisammensieht. Sie verdeutlicht, daß die Kohl-Regierung inzwischen an Grenzen gekommen ist, deren Niederreißen die Menschen nicht mehr ohne Gegenwehr hinnehmen wollen.

gusi, Auszug, CL-Netz, 11.03.97

Widerstand gegen Megamärkte setzte sich durch

Solttau-Fallingbostel. Mit „großer Erleichterung“ reagierte die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf das vorläufige „Aus“ für die Planungen eines Factory outlet centers (FOC) im Landkreis Solttau-Fallingbostel. Am 8. März wurde bekannt, daß beide Investo-

ren ihre Anträge zurückgezogen haben. Damit hat sich der breite Widerstand gegen die formal „ergebnisoffene“, im Gegensatz zu anderen Bundesländern aber durchaus befürwortende Haltung der Landesregierung durchgesetzt. Das FOC am Walsroder Autobahndreieck hätte mit 13.000 Quadratmetern die halbe Verkaufsfläche der gesamten Celler Innenstadt gehabt.

B90/Die Grünen im Landtag Nds, aus PE vom 10.3.97

Faschistische Graue Wölfe in Mannheim

Mannheim. Türkische Faschisten von den „Grauen Wölfen“ konnten am 15.3. im Kulturhaus in Mannheim-Feudenheim unter massivem Polizeischutz (angesichts von 70 Gegendemonstranten) eine „Kulturveranstaltung“ durchführen. Laut Plakatkündigung sollten auch Wehrsportübungen und Kriegsspiele stattfinden. Die Stadtverwaltung, die gerade damit beschäftigt ist, einen Mietvertrag des Kulturzentrum Kurdistans in Mannheim mit der städtischen Maimarkthallen-Betreibergesellschaft zu hinterreiben und so abermals eine Newrozfeier zu verunmöglichen, war über die wahren Hintergründe und Hin-

Kommunale Politik

Städtetag: Was wir brauchen, sind eigene Einkommen!

Düsseldorf. Der Deutsche Städtetag fordert für die Kommunen einen finanziellen Ausgleich für die Belastungen in Höhe von 8,5 Mrd. DM, die ihnen wegen der Entlastung der Steuerzahler um rund 30 Mrd. DM durch die Steuerreform entstehen. Der Bundestag hat nun beschlossen, den Kommunen zum Ausgleich der Abschaffung der Gewerbeakkapitalsteuer einen Umsatzsteueranteil von 2,1 % zu überlassen. Die Kommunen wollen aber 2,3 %. Das Angebot der Bundesregierung, zusätzliche zinsgünstige Kredite zu gewähren, wiesen sie als unzureichend zurück. „Schulden haben die Städte genug, was wir brauchen, sind eigene Einkommen“, sagte der Finanzdezernent des Städtetags, Stephan Articus.

Erstmals Gebühren für Grundschulförderklassen

Freiburg. Die Fraktionsgemeinschaft Linke Liste – Unabhängige Frauen im Freiburger Stadtrat protestiert in Briefen an den zuständigen Bürgermeister und an Ministerin A. Schavan gegen die neugeschaffene Möglichkeit, für den Besuch von Grundschulförderklassen eine Gebühr zu erheben. In ihren Briefen verweist sie nicht nur auf die Festlegung der Landesverfassung, nach der Unterricht und Lernmaterial unentgeltlich sind, sondern auch auf die positiven Erfahrungen mit den Grundschulförderklassen und besonders auf das Anrecht aller Kinder, eine ihrer Begabung und ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe angemessene Ausbildung zu erhalten.

„Ungehorsame“ Bezirke werden in die Zange genommen

Berlin. 954 Millionen Mark sollten die 23 Bezirke 1997 insgesamt einsparen. Trotz knapper Zeit legten sie entsprechende Haushaltspläne vor, teilweise waren Einsparsummen jedoch über die sog. „pauschalen Minderausgaben“ ausgewiesen, also nicht konkret benannt. Finanzstadtrat Jens-Peter Heuer (PDS)

mußte als erster in den Ring. „Am Beispiel von Mitte wurde abgearbeitet, wie man der Widerspenstigen Zähmung betreibt“, meint er trocken. Gedroht wurde mit einer ganzjährigen Haushalts sperre, falls die Bezirke nicht bis April konkrete Vorschläge gemacht hätten. Mitte wollte das vermeiden und kratzte weitere Gelder zusammen. – Ganz kritisch wird es für Hellersdorf: Bürgermeister Klett hatte gar 10 Mio. DM mehr im Jugendbereich beantragt. Ob er seine angekündigte Verweigerung durchhält?

Müssen Sozialämter Daten an die Polizei weitergeben?

München. Die bayer. Sozialministerin hatte alle Sozialämter angewiesen, auch ohne richterliche Anordnung die Behördenbesuche kriminell gewordener Sozialhilfeempfänger der Polizei zu melden und in den Akten Suchvermerke aufzunehmen. Weil München der Anordnung bisher nur zum Teil nachgekommen ist, erhielt OB Ude (SPD) von den Aufsichtsbehörden eine Rüge. Nun hat aber die Ministerin selbst eine bekommen, vom bayerischen Datenschutzbeauftragten R. Vetter. Er will die Anordnung offiziell beanstanden. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, J. Jakob, steht hinter ihm. Er äußerte massive Bedenken zu den Suchvermerken „Achtung! Polizeiliche Ermittlungen“. Diese seien rechtlich nicht zulässig und „sozialpolitisch äußerst bedenklich“.

Zugeständnisse von Rexrodt bei kommunalem Wegerecht

Bonn. Im Streit um Öffnung der Energiemarkte für den ungehinderten Wettbewerb will Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) den Kommunen durch eine Klarstellung die vollen Einnahmen aus ihren Wegerechten für den Leitungsbau sichern. Die ostdeutschen Anbieter sollen die Durchleitung von Strom fremder Anbieter bis 2004 mit Hinweis auf die Braunkohle beschränken können. Rexrodt lehnt aber weiterhin ab, die Monopole der Stadtwerke zu schützen und ihnen den Status von Alleinabnehmern und -verteilern zu geben.

Zusammenstellung baf

für die geringe Wahlbeteiligung die überdurchschnittlich hohe Zahl junger Ausländer, die nur schwer zu motivieren seien. Die konservative „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ bewertete die geringe Beteiligung in der Tat, daß die Arbeit des Ausländerbeirats nicht in der Weise unterstützt worden ist, wie es dieser immer wieder eingefordert hat. „Die Ratspolitiker sind mit schuld daran, daß der Beirat kaum bekannt ist. Wann haben sie dessen Arbeit für die Öffentlichkeit spürbar unterstützt oder sich mit Anträgen des Beirats ernsthaft beschäftigt?“ fragt die HAZ. Zwar hat der Ausländerbeirat in den vergangenen Jahren erreicht, daß ein runder Tisch in einem Stadtteil eingerichtet wurde, daß ein umstrittener Fragebogen der Ausländerstelle im Sinne des Beirats korrigiert wurde, gibt es stadteitübergreifend einen Runden Tisch „Gegen Fremdenhaß und Diskriminierung“ unter Beteiligung des Ausländerbeirats, der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften und Initiativen. Die Forderung nach Einrichtung einer „Antidiskriminierungsstelle“ ist noch nicht umgesetzt. Die Forderung nach dezentraler Unterbringung von Asylsuchenden wurde mit der Begründung fehlender Finanzen abgelehnt.

Wahl des Ausländerbeirats

Hannover. Anfang Februar wurde der neue Ausländerbeirat in Hannover gewählt. 8.257 von 43.850 Wahlberechtigte gingen zur Wahl. Wie schon 1990 betrug die Wahlbeteiligung 18,9 %. Die Interkulturelle Demokratische Liste Alternative Liste erhielt 34 % (7 Sitze). Die Gemeinschaft der Mitte 7 Sitze (33 %), Liste der Demokraten 13 % (3 Sitze), Griechische Gemeinde 6 % (1 Sitz), Linke Internationale Liste 8 % (2 Sitze), Liste für die Jugend 6 % (1 Sitz). Der Wahlleiter nannte neben politischen Gründen

Sachsen-Anhalt: Initiative kritisiert Verbote gegen Kurden

Am 5. März trafen sich Vertreter der „Frieden für Kurdistan - Initiativgruppe Sachsen-Anhalt“, darunter anderem Mitglieder des Landtages (PDS, Bündnisgrüne) und Vertreter von Kirchen und Vereinen angehören, mit dem Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Manfred Püchel.

Die Initiative berichtet: „In dem einstündigen Gespräch wurde die Frage der Verbote kurdischer Vereine und Organisationen erörtert. Der Innenminister zeigte großes Interesse an der von Verfolgung geprägten Situation von Kurdinnen und Kurden in der Türkei. In diesem Zusammenhang bedauerte er das Scheitern der jüngsten Initiative des Bundeslandes Rheinland-Pfalz für einen bundesweiten Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges in Kurdistan betont. Ebenfalls einig war man sich, daß der Weg zum Frieden über einen politischen Dialog führen muß.“

Es ist sowohl der Wunsch des Innenministers als auch der Initiativgruppe, daß sich das Verhältnis zwischen kurdischer und deutscher Seite weiter verbessert.

Zum Abschluß des Gespräches wurde dem Innenminister die Resolution „Frieden für Kurdistan - Initiativgruppe Sachsen-Anhalt“, die von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützt wird, überreicht.“ (Pressemitt. der Initiative, Magdeburg, 5.3.97)

Sechs Monate Haft für Totalverweigerer bestätigt

Am 5. März hat das Landgericht Berlin in einer Berufungsverhandlung das Urteil eines Berliner Amtsgerichts gegen einen Totalverweigerer bestätigt. Dieser war am 17. Mai vergangenen Jahres zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden und hatte dagegen Einspruch erhoben.

„Ergebnis der vierstündigen Verhandlung ist die vollständige Bestätigung des Amtsgerichtsurteils mitsamt der Beurteilung. Dies ist das mit Abstand härteste Urteil in Berlin gegen einen Totalverweigerer überhaupt! Hans Caspar und sein Anwalt Wolfgang Kaleck sind in Revision gegangen“, schreibt die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär“ zu dem Urteil. Nach einer eher oberflächlichen Befragung des Angeklagten durch den Richter erlaubte dieser Hans Caspar, seine Erklärung abzugeben, berichtet die „Kampagne“ weiter: „Hans Caspar führte aus, daß der Zivildienst nicht nur eine massive Einschränkung seiner Grundrechte darstelle und er dieses nicht nachvollziehen könne. Vielmehr bedeutet für ihn der Einsatz von Zivildienstleistenden in der Pflege eine Mißachtung der Gepflegten selbst, da ihnen unausgebildete, oftmals unmotivierte Zwangskräfte zugemutet werden, die nur deshalb eingesetzt werden, weil die Wehrpflicht nur mittels des Ersatzdienstes aufrechterhalten werden kann.“

Das Landgericht bestätigte dennoch das Urteil des Amtsgerichts, der Angeklagte habe gegen § 53 des Zivildienstgesetzes verstoßen, eine Geldstrafe sei nicht angemessen, weil, so der Bericht der „Kampagne“ über die Urteilsgrundung, „der ehrliche Bürger es nicht verstehen, wenn er zum Dienst einberufen werde und andere sich freikaufen würden.“ (rül)

Quelle: Pressemeldung der Berliner „Kampagne gegen die Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär“, 12.3.97

„Diese Politik ist kontraproduktiv und schädlich“

Kritik an De-Industrialisierung im Thüringer Landtag

In ihrem „Parlamentsreport“ berichtet die neueste „UNZ - Linke Zeitung in Thüringen“ über eine von der PDS beantragte Debatte im thüringischen Landtag über die auch unter der großen Koalition von CDU und SPD weiter anhaltende De-Industrialisierung des Landes. Hier der Bericht.

„Ziel führende Schritte zur Re-Industrialisierung Thüringens“ zu unternehmen, sollte auf Antrag der PDS-Fraktion die Landesregierung per Landtagsbeschuß aufgefordert werden. In der Begründung hatte der PDS-Landtagsabgeordnete Klaus Höpcke auf die Zahl der Beschäftigten in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe hingewiesen, die auch während der Jahre 1994, 1995 und 1996 weiter gesunken ist. „Sie beläuft sich inzwischen – nach dem Stand vom September 1996 – auf nur noch 109.383 Personen. 1993 waren es noch 122.000 gewesen. Und Ministerpräsident Dr. Vogel hatte versprochen, seine Regierung wolle zusätzliche Anstrengungen darauf richten, daß dieser Stand nicht weiter unterschritten werde. Zumal es hier ja um das – wie er erkannte und aus sprach – Rückgrat der Wirtschaftsentwicklung des Landes gehe“. Dies sei nun auch schon wieder ein paar Jahre her und in Thüringen sehe es „nicht nur unverändert schlecht, sondern zunehmend schlechter aus“. Allerdings sei es eine der wichtigsten Pflichten von Regierung und Parlament, „Auswege aus der mißlichen Lage zu finden“. Dazu einen neuen Anstoß und Anregungen zu geben, sei der Sinn des PDS-Antrags.

Daß bis zur Schmerzgrenze gespart wurde, Versprechungen gemacht, nichts



Dolgenbrodt: 9 Verhaftungen

Etwa 400 Antifaschisten demonstrierten am Sonntag, den 16. März, in der südöstlich Berlins gelegenen Ortschaft Dolgenbrodt. Am 1. November 1992 hatte hier ein Brandanschlag ein für 90 Asylbewerber saniertes Heim zerstört. Der 23-jährige Bauhelfer Silvio J. aus dem Umfeld der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ wurde 1996 zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Inzwischen steht fest, daß Silvio J. von mindestens vier Personen im Dorf zu der Tat angestiftet und mit 12.000 DM „belohnt“ wurde. Die Antifaschisten wollten gegen diese Ausländerfeindlichkeit demonstrieren unter Lösungen wie „Den Tätern auf die Pelle rücken“. Eine Demonstration durch das Dorf war verboten worden. Die Brandenburger Polizei hatte das Dorf in eine Festung verwandelt, in die niemand hinein konnte. Bei der Kundgebung am Rande des Dorfes griffen Polizeibeamte mehrfach die Antifaschisten an („Vermummung“) und nahmen 9 Personen fest. (rül)

eingehalten und Vertrauen verspielt worden sei, konstatierte auch der SPD-Abgeordnete Klaus Goedecke. Der Wirtschaftsminister erkenne die Schwachstellen zu langsam und sei nicht in der Lage, Fördermittel sinnvoll einzusetzen. Franz Schuster jedoch, der Thüringer Wirtschaftsminister (CDU), hatte neben PDS-Schelte – ihr wirtschaftspolitisches Denken sei im Mittelalter angesiedelt – und zweifelhaften statistischen Erfolgsmeldungen kaum etwas „zielführendes“ zu sagen. Klaus Höpcke charakterisierte solches Verhalten als wirtschaftspolitische Abstinenz, und der SPD-Abgeordnete Dieter Ströder erinnerte an Ludwig Erhard, der gesagt hatte, daß eine Wirtschaftspolitik nichts tauge, die an den Erfordernissen der Bevölkerung vorbeigehe. „Ich halte diese Art von Politik, die in diesem Wirtschaftsministerium unter Ihrer

Führung gemacht wird, für absolut nicht zielführend, ja für kontraproduktiv und schädlich für dieses Land“, erklärte Michael Gerstenberger (PDS) und führte Beispiele an.

Während die CDU-Abgeordneten die nicht wettbewerbsfähigen DDR-Betriebe (Jörg Kallenbach) und eine „Überhitzung des Angleichungsprozesses in Ostdeutschland (Thomas Kretschmer) als Ursachen für die Deindustrialisierung nannten und dabei den PDS-Antrag als unnötig und anmaßend bezeichneten, hielt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frieder Lippmann die Zeit für gekommen, daß sich der Ministerpräsident mit einer Regierungserklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Thüringen äußere. Dennoch hatte der PDS-Antrag keine Chance. (entnommen aus: UNZ, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 5/97)

OSTDEUTSCHER KONGRESS: „Für eine gesicherte Zukunft Deutschlands“

Für den 23./24. Mai lädt das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. zu einem Kongress nach Berlin ins Haus am Köllnischen Park ein.

An zwei Tagen wollen dort Vertreter zahlreicher - nicht nur ostdeutscher - Verbände, Gewerkschaften, Parteien u.a. in Workshops und Hearings beraten:

- über die Beschäftigungs- und Tarifpolitik (u.a. mit Vertretern des Arbeitslosenverbands),
- über die Berufsverbote im Osten und die Kritik auch internationaler Vereinigungen (ILO, UNO, Europarat) an der Politik der Bundesregierung (u.a. mit der Initiative gegen Berufsverbote),
- über das Rentenrecht (u.a. mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde - GBM),
- über das Grundstücksrecht im Osten, die soziale und gesellschaftliche Situation der Frauen, über Mieten und Wohnen, Gesundheitspolitik, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Schule,
- über Rassismus und Rechtsextremismus (u.a. mit der IVVdN und der „Antirassistischen Initiative“).

Die Konferenz soll am Freitag, den 23. Mai, um 16 Uhr beginnen mit den

Workshops, daran schließt sich dann am Samstag ab 10 Uhr das abschließende Plenum mit Referaten, Diskussionsbeiträgen und evtl. Anträgen aus den Arbeitsgruppen an.

Um frühzeitige Meldung bei der Kongreßleitung (bis zum 15. Mai) wird gebeten. In dem Aufruf des Kuratoriums heißt es:

„Das ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. ruft alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte ... auf ..., sich an dem dringenden Dialog über eine demokratische, soziale und ökologische Alternative zur gegenwärtigen Politik der Bonner Koalition zu beteiligen, die dem Land eine gesicherte Zukunft in einem Europa der sozialen und politischen Grundrechte eröffnet.“

Das ostdeutsche Kuratorium ist eine Vereinigung von 36 Verbänden und Repräsentanten von -- keineswegs nur ostdeutschen - Organisationen, die ca. eine dreiviertel Million Mitglieder haben. Das Ostdeutsche Kuratorium ist sich sehr wohl bewußt, daß die Aushöhlung des Sozialstaats die ganze Bundesrepublik erfaßt und daß es für grundlegende Probleme wie Arbeitslosigkeit und Schutz der sozial Schwä-

chen gesamtdeutscher Lösungen bedarf. Doch wird es auf nicht absehbare Zeit notwendig bleiben, in den Dialog um die Zukunft des ganzen Landes die besondere Interessenslage und Bedrotheit der Ostdeutschen einzubringen. Ist es ein Wunder, daß die Zustimmung zur Erfurter Erklärung in Ostdeutschland besonders hoch ist?

... Das Ostdeutsche Kuratorium unterstützt entschieden die Erfurter Erklärung und will zugleich allen Parteien und Organisationen mit dem Ostdeutschen Kongress ein Forum bieten, die Lage zu analysieren sowie Forderungen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die dem Ernst der Situation gerecht werden. Wir wollen mit allen zusammengehen, die eine soziale Demokratie anstreben und den Sozialstaat nicht aufgeben, sondern retten wollen. „Demokratie von unten“ braucht eine neue Chance ...“

Anmeldungen an:
Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.
Haus am Köllnischen Park, Raum 323
Am Köllnischen Park 6/7
10179 Berlin
Tel./Fax 030-23 80 68 31.

Gelungene Proteste der Bauarbeiter in Berlin

Wie kann gesetzlicher Mindestlohn durchgesetzt und Tarifbruch verhindert werden?

Nicht nur am 13.3., wie in der letzten Ausgabe fälschlicherweise angekündigt wurde, sondern in der ganzen Woche vom 10. bis zum 14.3. fanden in Berlin rund um die Baustelle am Potsdamer Platz Aktionen der IG BAU statt. An die 50.000 Bauarbeiter aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten sich an Mahnwachen, Demonstrationen und spontanen Baustellen- und Straßenblockaden, obwohl die diversen Kreisverbände der IG BAU nur etwas mehr als eine Woche Zeit hatten, ihre Mitglieder zu mobilisieren. Dabei sorgten mehrere Landesverbände jeweils für einen Aktionstag, so demonstrierten z.B. am Mittwoch die Thüringer, die Rheinland-Pfälzer und die Westfalen und am Freitag die Berliner und Brandenburger. Mit der Feststellung: „Wir haben die Schnauze voll!“ ging es vorrangig um die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes, die 100 Prozent Lohnfortzahlung, das volle 13. Monatseinkommen, gegen die massiven Tarifbrüche der Kapitalisten und vor allem gegen Lohndumping und Sklavenlöhne und für einen Mindestlohn. Darüber hinaus gilt es, den Flächentarifvertrag zu halten sowie die Facharbeiterlöhne, denn auch dieses

stellen die Baukapitalisten mittlerweile zur Disposition. Die Situation ist ausgesprochen ernst, denn die IG BAU hat es mit Gegnern zu tun, die durch die brutale Ausbeutung der modernen Sklavenarbeiter moralisch so verlust sind, daß sie anscheinend jedes Maß verlieren. Die Existenz der Gewerkschaft steht auf dem Spiel, so diskutieren es Funktionäre der IG BAU, wenn den Unternehmern kein Einhalt geboten wird. Die Stoßrichtung der Widerstandskaktionen waren dann auch deutlich gegen die Kapitalisten und die Bundesregierung gerichtet. „Kohl muß weg!“, riefen die Bauarbeiter. Und zumindest in den Bussen, die zum Mittwoch nach Berlin gefahren sind, wurden Flugblätter verteilt, in denen ausdrücklich klargestellt wurde, daß es nicht gegen die Menschen geht, die wegen ihrer Armut im Heimatland gezwungen sind, von deutschen Arbeitgebern wie Sklaven gehalten zu werden. In Berlin stand auf Plakatwänden der IG BAU: „Die da oben streichen ein, die da unten werden gestrichen“, und die Redner spraten nicht mit beißender Kritik. So wurde festgestellt, wenn sich tarifbrüchige Arbeitgeber mit wortbrüchigen Politikern zu-

sammenton, deren Reden in den Konzernzentralen geschrieben sein könnten, dies den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllte. An anderer Stelle wurde gesagt, daß die, die zum Kampf gegen diejenigen gezwungen sind, die eine andere, unsoziale Republik wollen, sich auch Gedanken über eine andere Republik machen müssen. Das sind neue Töne, bisher hat die IG BAU immer gesagt, sie will die alte verteidigen, aber wenn es selbst der Gegner nicht mehr will, was soll man da machen?

Allerdings gibt es auch welche wie Klaus Pankau, ein Berliner Funktionär, mit solch gemeingefährlichen Vorschlägen aus arbeitslosen Bauarbeitern einen Greiftrupp des Arbeitsamtes gegen illegal Beschäftigte zu bilden. Und auch die ansonsten begrüßenswerte Aktion am Freitag, den Baustellen einen persönlichen Besuch abzustatten, richtete sich teilweise gegen dort Arbeitende.

Trotzdem war die Woche ein Erfolg: Die Bauarbeiter und ihre Gewerkschaft haben klargemacht, daß sie bereit sind, mit der notwendigen Konfliktbereitschaft in die kommenden, überaus schwierigen Auseinandersetzungen zu gehen. Es hat sich gezeigt, daß auch Baustellen auf denen kaum Organisierte sind, in Aktionen miteinbezogen werden können, obwohl es wesentlich besser wäre, die IG BAU würde endlich die Arbeiter aus den anderen Ländern stärker miteinbeziehen, statt Razzien zu unterstützen. Gegen die Gefahr einer Rechtsentwicklung, die durch die Praxis vor allem der Baukonzerne wie Tarifbruch, Verelendung, übelste Ausbeutung, Menschenschinderei, Rechtlosigkeit, usw. gedeihlt, hilft am besten die gewerkschaftliche Mobilisierung, vor allem dann, wenn sie auch gesellschaftsverändernde Vorstellungen beinhaltet.

– (tja)

Kino-Tarifverhandlungen: Streitpunkt untere Einkommen

Die Verhandlungen wurden auf den 25. März vertagt

Die Tarifverhandlungen für die über 10.000 Beschäftigten der Filmtheater sind ergebnislos auf den 25. März 1997 vertagt worden. Auch in der nunmehr vierten Runde konnte in den achsstündigen Verhandlungen in den zentralen Konfliktpunkten noch keine Einigung erzielt werden. Es gibt unter anderem noch Differenzen über die lineare Erhöhung der Vergütungen und die Tarifierung der Nachzuschläge. Die Gewerkschaft legte am Dienstag einen Kompromißvorschlag vor, der eine Erhöhung der Vergütungen um mindestens 2,5 Prozent vorsieht. In den unteren Einkommensgruppen (unter 2.000 DM brutto) soll die Erhöhung nach diesem Vorschlag bis zu 4,6 Prozent betragen. Die Arbeitgeber boten zuletzt lediglich 1,0-1,3 Prozent für die oberen und rd. 2 Prozent für die unteren Gruppen.

Bei den Nachzuschlägen ging der Arbeitgeberverband zwar von seiner Forderung ab, nur noch die gesetzliche Regelung anzuwenden, will aber nach wie vor eine Verschlechterung des bisherigen Tarifstandards. Die IG Medien fordert hier die Beibehaltung der bisherigen tariflichen Regelungen.

Strittig ist auch weiterhin die Regelung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und während des Urlaubs. Hier wollen die Kino-Arbeitgeber die Mehrarbeitsvergütung und sämtliche Zuschlüsse (z.B. Nachzuschläge und Überstundenzuschläge) und bei der Berechnung außen vor lassen. Dies wurde von der IG Medien scharf zurückgewiesen, weil diese Berechnungsmethode sämtliche Erhöhungen im linearen Bereich wieder auffressen würde.

Alle weiteren Forderungen der IG Medien im Rahmen ihres Kompromißvorschlags lehnte der Kinoarbeiterverband nach wie vor ab. Dazu gehören z.B. die Erhöhung der Jahressonderleistung von 400 auf 800 DM und die Einstufung der sog. Multiplex-Kinos in die höchste Tarifklasse und die Einbeziehung aller

Kino-Beschäftigten in den Geltungsbereich des Tarifvertrags. Beschäftigte in den Verwaltungen z.B. sind bisher ohne Tarifschutz.

Die IG Medien wird die Beschäftigten auch im Vorfeld der nächsten Verhandlungsrounde wieder aufrufen, sich aktiv für die Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen einzusetzen. Bereits am vergangenen Wochenende hatten sich rd. 600 Beschäftigte in rd. 50 Kinos für die Forderungen stark gemacht. In Bochum, Münster, Hannover, Kiel und Kassel konnten zahlreiche Kinovorstellungen wegen der Warnstreiks erst mit erheblicher Verspätung beginnen. Als Erfolg der Aktionen wertet die IG Medien bereits jetzt, daß die Arbeitgeber in der vierten Runde ihre umstrittenen Forderung nach der Einführung von „Servicepersonal“ zurückzogen. Die Beschäftigten befürchteten durch dieses neue Berufsbild, das die klassischen Kino-Berufe ablösen sollte, Arbeitsverdichtung und Personalabbau.

PM IG Medien, 12.3.1997



Der Chemiekonzern Bayer plant die Errichtung der weltweit größten TDI-Anlage in unmittelbarer Nähe der taiwanesischen Großstadt Taichung, ohne die Öffentlichkeit über mögliche Gefahren zu informieren. Am geplanten Produktionsort bildete sich daraufhin die Bürgerinitiative Anti-Bayer Action Union (ABAU), die mit Bayer und den Genehmigungsbehörden scharf ins Gericht geht. Ihre Demonstrationen wurden von bis zu 4.000 Menschen begleitet. Erst die Proteste leiteten die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und die notwendige Information der Anwohner ein. Die öffentlichen Anhörungen begannen in dieser Woche.

TDI (Toluoldiisocyanat), das als Vorprodukt in der Kunststoffproduktion verwendet wird, gehört zu der Gruppe der Isocyanate. Für seinen Herstellung benötigt man Phosgen und das karzinogene TDA (Toluoldiamin). Phosgen war für die Bhopal-Katastrophe 1984 verantwortlich. Aufgrund der Gefahren der TDI-Produktion und dem Bekanntwerden von Details über die Genehmigung, hagelt es in Taiwan Proteste. Die Bürgerinitiative Anti-Bayer Action Union erhält regen Zulauf von Anwohnern, Studenten und Anhängern der Oppositionspartei Democratic Progress Party.

Um die Genehmigung durchzusetzen, wies Bayer beim Wirtschaftsministerium in Taipeh lediglich den Betrieb einer Referenzanlage in Deutschland nach. Schon nach wenigen Wochen wurde dasbrisante Projekt durchgewunken. Jetzt verlangt der Leverkusener Multi Bonuspunkte für sein Projekt: ein großes Grundstück am Meer, Infrastrukturhilfen und einen Pachtvertrag von 125 Jahren. Diese Privilegien erinnern vieleTaiwanesen an die erniedrigenden ausländischen Konzessionen im 19. Jahrhundert. Coordination gegen Bayer-Gefahren

WAS WAR? WOCHEN 10 UND 11/97

DGB will Rechtsschutz neu organisieren
7.3. Der DGB plant die Um- oder Neuorganisation des Rechtsschutzes. Seit 1996 arbeitet eine Arbeitsgruppe an einem Konzept. Diskutiert wird, ob der Rechtsschutz als GmbH ausgeschließlich, den Einzelgewerkschaften überlassen oder an niedergelassene Rechtsanwälte übertragen werden soll. In der Arbeitsgruppe sind nur die großen Gewerkschaften vertreten. Die ÖTV und die IG Chemie tendieren offenbar zu einem eigenen, DGB-unabhängigen Rechtsschutz. Mit dem Rechtsschutz würde der DGB eine seiner zentralen Aufgaben und damit ein weiteres Stück seiner politischen Bedeutung verlieren. Für die kleineren Gewerkschaften könnte es zu einem existentiellen Problem werden, wenn sie den Rechtsschutz neu und auf eigene Kosten organisieren müßten. Die Diskussion über diese wichtige Frage wird aber bisher nicht gewerkschaftsöffentlich geführt.

Streik bei der US-Armee

10.3. Mit Schwerpunkt in Bayern streiken Zivilbeschäftigte bei der US-Armee gegen Privatisierungspläne, Rationalisierungen und Stellenabbau. Die ÖTV fordert einen Rationalisierungsschutz-

plan; das US-Hauptquartier, das in diesem Jahr 4600 Stellen streichen will, ging bisher in den Verhandlungen nicht darauf ein.

„Soziale Schere“ beim Urlaub

12.3. Die Tourismus-Kapitalisten haben in einer Studie festgestellt, daß in der BRD 1996 gegenüber dem Vorjahr 3,3 Millionen Menschen weniger verreisten (Gesamtzahl: 45,3 Mio.). Dabei hätten einkommensschwache Haushalte um 13% weniger Reisen durchgeführt; bei den Besserverdienenden wurde dagegen öfters verreist. Auch für 1997 ergaben Umfragen einen ähnlichen Trend. Die Gesamtausgaben für Reisen steigen, daher waren's die Auftragneber zufrieden.

Managervergütung in Aktien

18.3. Auch der Chemiekonzern Henkel will künftig die Einkünfte von sogenannten Führungskräften an den Kurs der Unternehmensaktien koppeln. Der Kreis von 180 Personen soll Vorzugsaktien begünstigt erwerben können, wenn sich die Henkel-Aktie besser als der Deutsche Aktienindex (DAX) entwickelt. Bisher gibt es solche Regelungen schon bei Daimler-Benz, der Deutschen Bank und anderen Großbanken.

Auf dem Weg zur McDonalds-Bank?

Wichtigste Tarifrunde im Bankgewerbe seit 1963

Nach mehreren Anläufen seit 1987 versuchen die Bankarbeitgeber erneut, die regelmäßige Samstagsarbeit im Tarifvertrag durchzudrücken. Vor zwei Jahren konnten sie einen Einbruch erreichen: erst DAG, dann auch HBV stimmten einer Ausnahmeregelung für die Aufrechterhaltung von Datennetzen und Rechnersystemen zu. Dieser Versuch auf Kosten einer Minderheit von Beschäftigten, um der Mehrheit den freien Samstag zu sichern, schwächte die Gewerkschaften und verschaffte ihnen auch nur eine minimale Atempause.

Im Laufe des Jahres 1996 begannen die großen Banken nach und nach, sogenannte Direktbanken einzurichten – Tochterfirmen, die völlig außerhalb des Tarifvertrages operieren und per Telefon oder PC rund um die Uhr 7 Tage erreichbar sind. Die bekannteste Direktbank ist die „Bank 24“ der Deutschen Bank. Neuerdings will auch die Frankfurter Volksbank mit 10 anderen Kreditgenossenschaften ein gemeinsames „Call Center“ in Weinheim einrichten, mit dem die Kunden rund um die Uhr, auch am Wochenende, zum Ortstarif telefonieren, beziehungsweise über Personalcomputer und T-Online kommunizieren können. Den Direktkunden werden für Guthaben Zinsen bis dreieinviertel Prozent geboten. Die Kontoführung soll einschließlich Kartenpauschal 12 Mark im Monat kosten. Mehrere Banken wurden in Universitätsstädten errichtet, und man versucht, den Betrieb neben einer kleinen Stammbelegschaft mit massivem Einsatz von 610-DM-Kräften oder Studenten aufrecht zu erhalten. Die Löhne für die Stammbelegschaft liegen teilweise bei 50% des Tariflohns für vergleichbare Arbeitsplätze.

Eine andere Tendenz ist die Ausgliederung nicht nur der Rechenzentren, sondern inzwischen des gesamten Zahlungsverkehrs oder des Wertpapierbackoffice in sogenannte „Bankfabriken“.

Die Deutsche Ärzte- und Apothekerbank beispielsweise hat ihren Zahlungsverkehr in der APODATA GmbH zusammengefaßt. Nach einer Übergangsregelung sollen ab April 1998 neue Arbeitsverträge geschlossen werden. Kurz bevor steht die Gründung einer gemeinsamen Wertpapierservicebank der genossenschaftlichen Zentralbanken DG Bank, WGZ, SGZ und GZB. Und der neueste Coup der Deutschen Bank ist

die Einrichtung von „shop in shop-Banken“ in Einkaufszentren.

Zwar sind erst eine verhältnismäßig kleine Zahl von Beschäftigten in diesen McDonalds-Banken beschäftigt, im Bankgewerbe geht aber die Angst um. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die Globalisierungsdebatte tun das ihre. In der im April beginnenden Tarifrunde wollen die Arbeitgeber die Gunst der Stunde nutzen: als Morgengabe für die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen die Gewerkschaften den freien Samstag für alle opfern. Ist Ge- genwehr noch möglich?

Auf einem Treffen von Gewerkschaf-tern aus verschiedenen Frankfurter Banken am 8. März wurde herausgearbeitet, daß die Preisgabe des freien Samstags keine Ruhepause bedeutet: die erhöhten Kosten, die die längeren Dienstleistungszeiten verursachen, werden in Richtung Lohnsenkung wirken. Die Arbeitgeber versuchen, das Produkt Bankdienstleistung als eine standardisierte Ware wie im Einzelhan-del zurechtzuschneiden, die Löhne sollen genauso zugeschnitten werden. Wenn also sowieso ein jahrelanger Widerstandskampf bevorsteht, warum nicht mit der Verteidigung des seit dem Jahre 1963 freien Samstags ein Zeichen setzen? Innerhalb der Belegschaften gibt es bisher keine Bereitschaft zu regelmäßiger Samstagsarbeit, im Gegen- teil. Insbesondere die Mehrheit der weiblichen Beschäftigten lehnt dies scharf ab. Viele sind vor Jahren aus dem Einzelhandel durch Umschulung und Weiterbildung ins Bankgewerbe gewechselt und wollen nicht der Früchte ihrer Anstrengung beraubt werden.

Die Tarifflucht wird in den Betrieben bekämpft werden müssen, die außerhalb des Tarifs neu hochgezogen werden. Daß Erfolge möglich sind, beweist der Warnstreik bei Travelex (siehe vorige Ausgabe der Politischen Berichte). Und Bündnispartner in der Gesellschaft gibt es auch: die Frankfurter Sparkasse bekam für die Gründung ihrer Direktbank vom Hessischen Sozialministerium massive Auflagen. Sie darf keine 610-DM-Kräfte für den Wochenendbetrieb beschäftigen, sie muß den Banktarifvertrag einhalten, und sie darf den Betrieb an mehreren Sonntagen im Jahr nicht betreiben. Die rot-grünen Landesregierungen von NRW und Schleswig-Holstein, wo die meisten Direktbanken sind, sollten sich daran ein Beispiel nehmen. – *gst*

Tarifflucht verhindert!

Nachdem am 12.3.1997 zunächst die Verhandlungen durch die Arbeitgeber vom Verband Küste dadurch erschwert wurden, daß sie erklärten, gegebenenfalls keinen Verbandstarifvertrag mehr abzuschließen, kamen die Verhandlungen anschließend doch sehr zügig in eine konkrete Phase. Die Verleger boten an, die geltenden Tarifverträge der Druckindustrie zu übernehmen und die Abschlüsse der Druckindustrie auch auf die Angestellten in den Zeitungsverlagen zu übertragen.

Der Pfeifeuß dabei war, daß für die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern (Gewerbliche und Angestellte) einheitlich die 37-Stunden-Woche

Erfolg für die IG Medien Nord

unbefristet gelten sollte. Außerdem sollten die Lohn- und Gehaltserhöhungen erst am 1.1.1998 in Kraft treten.

Doch die Argumente der IG Medien setzten sich durch: alle Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern werden über einen langfristigen Stufenplan auch die 35-Stunden-Woche erreichen. Ab dem 1.4.1997 gilt auch für die gewerblichen Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern die 37-Stunden-Woche. Ab 1.1.2001 folgt dann die 36-Stunden-Woche und ab dem 1.1.2003 die 35-Stunden-Woche. Außerdem treten die Lohn- und Gehaltserhöhungen in Mecklenburg-Vorpommern ab 1.7.1997 in Kraft. *IG Medien Nord (Solinet)*

Integration statt Ausgrenzung

Dokumentiert: Position des DGB Baden-Württemberg

In einer Pressemitteilung „Zur aktuellen Diskussion um die Begrenzung des Zugangs von Ausländern zum Arbeitsmarkt“ antwortet der DGB Baden-Württemberg auf den Vorschlag des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Michael Glos. Dieser sagte Anfang des Jahres in Wildbad Kreuth, es gehe darum, die Sogwirkung der Bundesrepublik für Ausländer zu begrenzen, auch für EU-Ausländer.

Der Pressesprecher des DGB im Land, Jürgen Klose, stellt dazu fest: „Da haben wir es also wieder, das alte Thema ‚Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg‘. Wieder einmal wird versucht, die Ausländer zu Sündenböcken für die Misere am Arbeitsmarkt zu stempeln.“

Es lohnt sich, dieses Papier (PM 140) beim DGB Baden-Württemberg zu beziehen, denn es bringt eine genaue Aufschlüsselung der Fallzahlen, die der Hetze gegen ausländische Beschäftigte den Boden entzieht. Wir dokumentieren den Teil der Pressemitteilung, der die Position des DGB Baden-Württemberg zusammenfaßt:

„Unsere Position:

Auch der DGB ist der Meinung, daß es nicht sein darf, daß neu zur Arbeitsaufnahme in die Bundesrepublik einreisende Ausländer einheimische (deutsche und ausländische) Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt verdrängen. Deshalb haben wir in der Vergangenheit auch immer gefordert, am Anwerbestopp festzuhalten. Seit 1993 ist es DGB-Position, daß dieser zusammen mit den in unterschiedlichen Gesetzen und Erlassen verstreuten Regeln durch ein Einwanderungsgesetz ersetzt werden sollte. Damit würde auch der § 19 AFG hinfällig: Wer zum Aufenthalt zugelassen ist, sollte auch arbeiten dürfen.

Das Einwanderungsgesetz müßte alle Gruppen einschließlich der Ausiedler erfassen und jährliche Quoten festlegen. Ein Zugangssrecht unabhängig von Quoten müsse es allerdings geben für den Familienanhang der hier lebenden Drittstaatenangehörigen, für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge und für Asylbewerber. Die Kriterien für die Einreise (Alter, Herkunft, Qualifikation usw.) wären gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen festzulegen. Solche Regelungen gibt es in anderen Einwanderungsländern auch. Mit der Erlaubnis zur Einreise müßten Leistungen zur Integration, wie Sprachkurse und berufliche Qualifizierung, von Anfang an verknüpft sein.

Dies ist übrigens auch seit langem Position der IG Metall. Die Aufregung über diesbezügliche Äußerungen des IGM-Vorsitzenden Klaus Zwickel zeigt aber, daß man über dieses Thema sehr differenziert reden muß, um nicht mißverständlich zu werden.

Die relativ geringe Zahl von 270 800 Arbeitserlaubnissen an neu eireisende Ausländer im Jahr 1995 zeigt, daß das Problem angesichts von 4,2 Millionen Arbeitslosen eher gering ist. Auch diese Arbeiten könnten an Ausländer nur vergeben werden, weil auf dem örtlichen Arbeitsmarkt keine bevorrechtigten Arbeitskräfte zur Verfügung standen.

Die CSU hat nicht berücksichtigt, daß die meisten Arbeitserlaubnisse an „Arbeitsmarktinländer“ erteilt wur-

den. Sie hat die teilweise sehr fragwürdige „Qualität“ der Beschäftigungsverhältnisse unterschlagen und vor allem die fehlende „Kompatibilität“ (das „Zusammenpassen“ von Arbeitsuchenden und Art der angebotenen Arbeiten) vergessen. Oder will sie eine teilzeitarbeitende Mutter als abendlichen Blumenverkäufer oder einen behinderten Arbeitslosen als Spargelstecher oder Küchenhilfe in der Gastronomie beschäftigen?

Die Struktur der Ausländerbeschäftigung und die Struktur der Arbeitslosen sind zu verschieden, als daß hier einfach ein Austausch stattfinden könnte (...)

Ausländer sichern in der Bundesrepublik auch in erheblichem Umfang Arbeitsplätze (...)

Ausländer sind selber von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie zu schuldigen zu stempeln, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Die CSU wäre besser beraten, sich mehr um Arbeitsmarktpolitik und Integration der hier lebenden Einwanderer zu kümmern als durch unsinnige Parolen die Stammtische zu bedienen.

Wir wollen Konkurrenz in Teilebereichen des Arbeitsmarktes nicht leugnen. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit nimmt auch die Konkurrenz unter den Menschen zu. Wir wehren uns aber entschieden gegen eine „Nationalisierung“ oder Ethnisierung des Problems. Gefragt sind eine offensive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, nicht eine noch restriktivere Ausländerpolitik!

Besonders in der Baubranche gibt es allerdings erhebliche Probleme im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU. Der im Zusammenhang mit dem Entsendedegesetz vereinbarte Mindestlohn von 17 DM (z.B. für Portugiesen und Briten) leistet der Verdrängung von einheimischen Arbeitskräften Vorschub. Leider konnten die Gewerkschaften wegen des entschiedenen Widerstands der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bisher aber nicht mehr erreichen. Hier gibt es also weiterhin Handlungsbedarf! Dabei geht es aber um eine Einschränkung der Konkurrenz durch Herstellung gleicher Bedingungen für Einheimische und Ausländer, nicht um eine Politik gegen Ausländer.

Die Zeiten, in denen Ausländer als Manövriermasse des Arbeitsmarktes mißbraucht wurden, sollten angesichts der Tatsache, daß die meisten hier ihren Lebensmittelpunkt haben (und nicht, wie so oft argumentiert wird, weil sie uns die Dreckarbeit machen!) der Vergangenheit angehören. Eine Politik nach dem Motto „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ wird es mit dem DGB nicht geben!

Gefragt sind Maßnahmen der Integration statt eine verschärzte Politik der Ausgrenzung. Die nächste Bundestagswahl 1998 wirft aber anscheinend ihre Schatten schon weit voraus. Da wollen einige wieder mit dem Ausländerthema Stimmen einfangen, die ihnen durch die unsoziale und die Gesellschaft immer mehr spaltende Politik des Sozialabbaus verloren zu gehen drohen.

Wie gut kann man doch mit der Diskriminierung von Minderheiten und der Suche nach Sündenböcken von eigenen Versäumnissen ablenken – jedenfalls so lange, wie es niemand merkt!“

Der finanzielle und der zeitliche Aufwand, den Forum und Trägerorganisationen für die *Politischen Berichte* leisten, ist erheblich. Zur Unterstützung der herausgeberischen und redaktionellen Arbeit werden für das laufende Jahr 1997 ca. 50 000 DM erforderlich sein. Als Druckkostenzuschuß werden 33 600 DM beantragt; weitere 6 200 DM sind für den ArGe-Rundbrief nötig. Aus Aboerlösen wird mit 39 000 DM gerechnet. Bereits im letzten Herbst waren sich das Forum und die Herausgeber einig, daß über die Zukunft der *Politischen Berichte* nachgedacht werden muß. Wie ist der Stand der Überlegungen?

1. Zu Funktion und Kosten. Die PB sind Kommunikationsmittel für einen Personenkreis, der durch langdauernde Zusammenhänge in der praktischen und in der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit gekennzeichnet ist. Die Publikation ist für Meinungsäußerungen und Argumente, die aus dem gesellschaftlichen Widerstand heraus vorgebracht werden, außerordentlich offen. Der Inhalt der PB hängt von der politischen Praxis der Leute ab, die Beiträge liefern, und von der Untersuchungs- und Reflexionsarbeit, die das Forum leisten kann. Ähnlich wie beim Forum selber bilden sich Schwerpunkte, die zu pflegen sind, und ist Offenheit für die Aktualität erforderlich. Offenheit für die Aktualität fordert das zweiwöchentliche Erscheinen dringend, aber die Kosten sind erheblich. Möglichkeiten zur Kostensenkung sind zu ergreifen.

Die technische Entwicklung, (Qualitätsverbesserungen beim Copy-Printer-Druck und Verbilligung bei Weiterverarbeitungsgerät) ermöglicht, die PB als Broschüre im A4-Format ganz mit GNN-Technik herzustellen, ohne daß Verteuerungen entstünden. Vermittelt ergibt sich für die PB Herausgeber und das Forum ein wirtschaftlicher Vorteil, weil die Dienstleistungsstruktur der GNNS durch eine solche Auftragsausweitung gefestigt würde. Es sind wirtschaftlich-technische Gründe, die für diese Umstellung sprechen.

Rückblickend ist allerdings festzuhalten, daß die Chance einer leichteren Verbreitung, die wir vor Jahren bei dem Wechsel aus dem Zeitschriften- in das Zeitungsformat gesehen hatten, entweder gar nicht bestand oder nicht realisiert wurde. So wird jetzt auch nicht behauptet, daß dieser neuerliche Wechsel auch für die inhaltliche Verbesserung und leichtere Verbreitung wichtig wäre.

Der Inhalt der Publikation und ihr Umfang müßten sich wegen einer solchen Umstellung wahrscheinlich nicht wesentlich ändern; aber ein bißchen was machen solche Schritte ja immer aus. Die bisherigen Gespräche mit Betroffenen und Interessierten signalisieren Zustimmung für die Umstellung.

2. Einteilung in Gliederungsblöcke wird bleiben. Was immer diskutiert wird, an der Einteilung in Gliederungsabschnitte, die von Redakteurinnen und Redakteuren betreut werden, will niemand etwas ändern. Die Gliederungsabschnitte Aktuelles, Internationales, Aus Gemeinden und Ländern (West u. Ost), Aus Betrieben und Gewerkschaften, Diskussion sowie „letzte Seite“ bzw. Kultur/Wissenschaft werden weitergeführt. Auch wird die Publikation weiterhin als Gemeinschaftswerk von verschiedenen Standorten aus redigiert. Lediglich der Druck- und Auslieferungsort wird von jetzt Berlin nach dann Stuttgart verlagert. Bis jetzt arbeitet die Post von Stuttgart aus einigermaßen gut, es ist damit zu rechnen, daß die PB an dem der Einlieferung folgenden, spätestens aber dem übernächsten Tag ankämen, also Do. oder Fr.

Wie dem Bericht über die Tagung des Arbeitskreises Politische Berichte zu entnehmen ist, werden die *Politischen Berichte* künftig im Format A4 mit 28 Seiten Umfang erscheinen, um Druck und Weiterverarbeitung in den GNN-Verlagen zu ermöglichen. Diese Umstellung erfolgt zum 1. April 1997, also mit der nächsten Ausgabe. Gleichzeitig mit dem Formatwechsel findet ein Wechsel beim Verlag statt: Künftig werden die *Politischen Berichte* vom GNN Verlag Süd in Stuttgart gedruckt und ausgeliefert. Die Abonnentendaten von GNN Köln werden übernommen; da Preis und Lieferhythmus unverändert bleiben, ändert sich für die Abonnentinnen und Abonnenten nur die Anschrift für Vertriebsanfragen und die Kontoverbindung für Abozahlungen.

Wir bitten alle Abonnentinnen und Abonnenten, Vertriebsanfragen künftig über folgende Anschrift zu erledigen und die geänderte Bankverbindung zu beachten:

GNN Verlag Süd, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711/624701, Fax: 0711/621532. Bankverbindung: Postbank Stuttgart, BLZ 600 10070, Kontonummer 24947704.

Der Arbeitskreis Politische Berichte beschloß:

Änderungen bei den Politischen Berichten

3. Der Gliederungsabschnitt Regionales o.ä. Seit der Gründung im Herbst 1980 hatten die PB immer, wenn auch unter verschiedenen Bezeichnungen, einen Regionalteil. Ein solcher Teil ist nur für Leser interessant, die davon ausgehen, daß sich die wesentlichen Schritte emanzipatorischer Politik in örtlichen bzw. regionalen Zusammenhängen entwickeln, so daß die Politik am Ort und die Politik im Betrieb von viel größerem theoretischen und praktischen Interesse ist, als die Beachtung durch die großen Medien nahelegt.

Und so ist es auch dabei geblieben, daß in vielen Orten Leute lokale bzw. auch betriebliche Zeitungen mit emanzipatorischem Anspruch herausbringen, und die Trägerorganisationen des Fo-

rums stehen mit einer stattlichen Anzahl derartiger Publikationen in Verbindung. Die regionale Berichterstattung der PB kann sich auf diese Tatsache stützen. Es besteht zwischen vielen solchen Publikationen und den PB eine enge tatsächliche Beziehung.

4. Zusammenarbeit mit einem „Netzwerk Linke Kommunalpolitik“. Diskussionen in der „Arbeitsgemeinschaft antifaschistische Kommunalpolitik“ haben ergeben, daß die AG ihr Anliegen des Dezentralismus angemessen fördern wird, wenn sie sich nicht darauf konzentriert, spezielle kommunalpolitische Ansätze zu verbreiten, sondern zur Vermittlung von Diskussion und Erfahrungen aus der kommunal-

len Politik beizutragen versucht. Auf einem Treffen wurde deswegen beschlossen, als Netzwerk weiterzuarbeiten. Das Nachrichtennetzwerk wird eine Zahl von lokalen bzw. betrieblichen Zeitungen auswerten mit dem Ziel, eine Übersicht im Volumen von fünf bis sechs Zeitschriftenseiten zusammenzustellen, die über das CL-Netz, über die Politischen Berichte und über die Linke Kommunalpolitik verbreitet werden. Die Regionalredaktion will diese Übersicht komplett übernehmen und wird im Netzwerk mitarbeiten. Ferner wurde vereinbart, daß im zeitlichen Zusammenhang mit „Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ und „Arbeitskreis Politische Berichte“ ein „Medientag“ durchgeführt wird, auf dem Fragestellungen, die sich aus der örtlichen Politik ergeben, erörtert werden können. Konkret wurde vereinbart, das nächste Treffen des Forums im Herbst so zu gestalten, daß am Sonntag der „Medientag“ durchgeführt werden kann.

5. Weitere Überlegungen. Für die *Politischen Berichte* bleibt es nach wie vor eine sehr wichtige und lösbarbare Aufgabe, unmittelbare, selbstbestimmte und selbstorganisierte Nachrichten über die Entwicklung der Klassenkämpfe zu erhalten und zu verbreiten. Der wesentliche Grund dafür, an dieser kleinen Publikation festzuhalten, ist wohl der: Wir alle wollen, daß der spontanen Tendenz, daß sich im politischen Emanzipationskampf die gesellschaftsüblichen Formen von Über- und Unterordnung schlicht reproduzieren, wenigstens irgendwas entgegengesetzt wird. Wir sind vor langer Zeit und nach ausführlichen Untersuchungen zu der Ansicht gelangt, daß es unter den gegebenen Verhältnisse möglich ist, Menschen, die am Klassenkampf teilnehmen wollen, einen Weg zum Schriftmedium offenzuhalten. Diese Aussage ist richtig geblieben. Die Basis ist gesellschaftlich gegeben, weil im Arbeitsprozeß wegen dessen Rationalisierung immer mehr Lesen und Schreiben vorkommt, aber sie ist auch in selbstbestimmtem Zusammenhang zu beobachten. Schon in unserem kleinen Umkreis setzen heute viel mehr Menschen als früher Papiere, auch kleine Zeitungen und dergl. gezielt ein. Also können die PB Erfahrung, Meinung und Urteilstafel von Autorinnen und Autoren aus diesem Kreis der ganzen Leserschaft erschließen.

Ferner läßt sich heute beobachten, daß die Zunahme der Mobilität, die Internationalisierung des Arbeitsmarktes und damit verbundene Phänomene das Monopol der Herrschenden in der Außenpolitik auflockern. Die Urteilsbildung über internationale Problemlagen kann viel besser als früher auf authentische Aussagen zurückgreifen. Das schier unüberwindliche Informationsmonopol über das Ausland ist gelockert, und es bilden sich lebendige Beziehungen an der gesellschaftlichen Basis, die eine Publikation wie die unsere fördern kann.

Schließlich bleibt es immer noch wahr, daß die herrschaftsträchtigen Institutionen der Gesellschaft ihre Botschaften nicht gemeinverständlich und nicht frühzeitig aufschließen, sondern so verschlüsselt und exklusiv in die öffentliche Meinung eintragen, daß man aufpassen muß oder übervorteilt wird. Auch eine kleine Publikation hat, wenn sie aufpaßt, eine Chance, früh zu erkennen, was vorgesehen ist und kommen wird, und die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser zu wecken.

Aus diesen Gründen wird eine Publikation wie die PB immer eine unkonventionelle Publikation sein, und das heißt auch: befremdlich wirken. Die genannten Gründe müssen aber nicht dazu führen, daß die Publikation be-

Neuerscheinung Neuerscheinung Neu

DIE DEUTSCHE TÜRKEIPOLITIK UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF KURDISTAN

Vier Aufsätze und über 400 Seiten Dokumente zur deutschen Türkei- und Kurdistan-Politik. Von den Anfängen der preußischen Militärhilfe für das Osmanische Reich über die Bagdadbahn-Politik, die Allianz des Deutschen Kaiserreichs mit dem „kranken Mann am Bosporus“, die deutsche Mitwirkung an den Armeniermassakern, die kurdischen Aufstände der 20er und 30er Jahre, die NS-Türkei- und Kaukasuspoleitik, die deutsche Türkeihilfe im Rahmen von Nato und EU nach dem 2. Weltkrieg bis zum PKK-Verbot durch Kanther und die deutsche Kurdenverfolgung und Rüstungshilfe an die Türkei in der Gegenwart.

Beiträge von Lord Avebury, Rudolf Bürgel, Serdar Celik, Sabine Skubisch. Vorwort von Hans Otto Wiebus, IG Medien, und Yasar Kaya, Präsident des Kurdischen Exilparlaments.

556 Seiten, ISBN 3-9805441-0-9
Preis: 39,80 DM

Bestellungen an:
GNN-Buchvertrieb
Badeweg 1
04435 Schkeuditz
Tel.: 03 42 04 / 6 57 11
Fax: 03 42 04 / 6 58 93

Politische Berichte ★

zugslos zum sonstigen Mediengeschehen in der Landschaft steht.

6 Bild, Text und Aktualität. Ein tag-täglich beobachtbarer Bildungsprozeß von Ideologie und Vorurteil geschieht wesentlich über das Fernsehen. Urteile und Vorurteile werden hier geknüpft. Die Tagespresse, die handfestere Material und Meinung nachliefert, liefert sie auf bereits gebahnten Wegen in eine vorgefundene Struktur. Die heutige öffentliche Meinung wird durch die Verknüpfung der Bildsensation mit der textlichen Aussagestruktur. Das bewegte Bild und der dazu gesprochenen Texte verschmelzen im Urteil ästhetische Auffassung und Aufstellung von Argumenten. (In einer Gesellschaft, in der vieles Handeln auf einfachste Entscheidungen hinauskommt – Kauf / Nicht-Kauf, Wahl / Nicht-Wahl – ist eine solche Entscheidungsfindung oft praktisch ausreichend, nicht aber in Arbeitsprozessen und sonstigen produktiver Hervorbringungen).

Aus diesem Grund kommt das kritische Argument heute nicht mehr leicht ohne Bilddokument aus. Es würde noch nicht einmal gelingen, den Gegenstand, der kritisiert werden soll, ausreichend erkennbar zu machen. Vom Bilddokument ist hier die Rede, weil es ganz praktisch darum geht, vorgefundene, gesetzte Bild-Inhalt Zusammenhänge auseinanderzusetzen. Die technische Entwicklung nähert sich zum Glück dem Punkt, an dem es möglich sein wird, Bildmaterial in ausreichender Qualität aus dem Datenfluß des Fernsehens herauszufangen und zu verwerten. So bald das mit vertretbarem Aufwand geht, muß es auch gemacht werden. In der Aktualität muß die Kritik den Beurteilungskreislauf aufbrechen, der wesentlich durch das Fernsehen geschlossen wird.

7 Vorgeformte Problemstellungen.

Auch das ausdrücklich kritisch angelegte Urteilsvermögen entkommt der Indoktrination nicht. Sie wird zum Beispiel durch das Feuilleton der großen Tages- und Wochenzeitungen und entsprechende Rundfunk- und Fernsehsendungen geleistet, die zwischen wissenschaftlich-technischen Neuheiten und allgemeinverständlicher Diskussion vermitteln, wobei sie sich meist auf neu veröffentlichte Bücher stützen. Durch unsere Bemühungen im Themenkreis Philosophie sind wir immer wieder darauf gestoßen worden, daß alle Themen, zu denen wir aus irgendeinem Grund arbeiten möchten, in diesen Medien aufgefaßt wurden, so daß man es, will man Ergebnisse in die Diskussion einbringen, immer schon mit einer vorstrukturierten Meinung der Interessierten zu tun hat. Man muß diese vorgefundene Urteile als vorstrukturiert bezeichnen, weil sie im Vertrauen auf angemessene Umsetzung vom Fachwissenschaftlichen ins Gemeinverständliche gebildet werden. Wie dem auch ganz genau sein mag, es ist wohl schon zu leisten, bei den zuständigen Geschäftsstellen zu den laufenden Projekten des Forums eine Dokumentation zu führen, die Mitglieder der Arbeitskreise könnten einsenden, bei Gelegenheit der Konferenz könnte Material gesichtet werden. Vielleicht könnten wir dann auch gezielter etwas für das Bildungsinteresse der Leserschaft leisten, durch Lektürevorschläge, und auch hier käme den Arbeitskreisen des Forums eine Aufgabe der Sichtung von interessantem und Verteilung der Rezensionsarbeit zu, so daß die Vorauswahl begründet ist.

8 Kampf in den Institutionen. Unklar ist, wie die Publikation mit der Situation umgehen soll, daß über den politischen Parteidank ein Eindringen der Kritik in die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft stattfindet, das bis zu einem gewissen Grade auch mit Erscheinungen der Integration dieser Kritik verbunden ist. Heute haben wir bessere Möglichkeiten denn je, durch diese Art Fenster, ein solches ist zum Beispiel die Bundestagsfraktion der PDS, in das Innere der Institutionen zu blicken. Allerdings steht hier das Problem der Verarbeitungsqualität, d.h. es muß eine Brücke zwischen dem Leserinteresse und den Repräsentanten geschlagen werden. Nur so kann es zu einer Wechselwirkung zwischen unserer Leserschaft und den Leuten kommen, die als Repräsentanten sozialistischer Politik fungieren müssen.

9 Nochmals zur Redaktionsarbeit. Die flüssige Darstellung des Stoffes ist wichtig. Dazu müssen Regeln aufgestellt werden. Das Spiel von Gleichform und Abwechslung, Ordnung und Spannung, das den Inhalt in einer anregenden Ordnung zugänglich macht, verlangt eine inhaltlich und formal gute Abstimmung zwischen den einzelnen Redaktionsbeauftragten. Es ist sinnvoll, den Arbeitsablauf zu gliedern.

Die Projektierung ist ein Prozeß, der a) zwischen den Redaktionsbeauftragten und den Mitarbeitern abläuft und b) eine thematische Abstimmung zwischen den Redaktionsbeauftragten verlangt.

Für diese thematische Abstimmung muß eine eigene Funktion geschaffen werden. Gegenwärtig wird sie vom Redaktionsbeauftragten für Aktuelles irgendwie mit übernommen. Es wird vorgeschlagen, diese Aufgabe, d.i. die Zusammenführung der Projektliste und die Absprache mit den jeweiligen Redaktionsbeauftragten durch einen Beauftragten der Herausgeberkonferenz zu betreuen.

Verbreitung der PB. Die Verbreitung der PB ist seit Gründung immer gesunken. Sie steht in einer Relation von etwa 3:1 zu den Leuten, die für die Subvention zahlen. An dieser Relation hat sich auch nichts Bedeutendes geändert. Ganz ähnlich die Verbreitung der konzeptiell ähnlichen Lokalberichte. Nur daß der örtliche Praxiszusammenhang mehr zählt und verschiedene Diskussionszusammenhänge die Blättchen darin ungestört lesen können, so daß die Verbreitung höher liegt. Die Verbreitung der PB wird also davon abhängen, wie sich der Praxiszusammenhang des Forums (kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, vormals: BWK - Bundeskonferenz; Red.) ausbildet.

Der Übergang des Forums zu einer vorwiegend inhaltlich bestimmten Arbeit, die Schulungs- und Bildungsarbeit, die im Zusammenhang mit der Linken Schule Schnepfenthal und auch sonst läuft, bedeuten eine ausgedehnte Praxis. Die PB können wegen der ganz guten Beziehungen zur Bundestagsfraktion der PDS auch darin etwas leisten, den Nutzen dieser Arbeit für die praktischen Kämpfe vor Ort zu vergrößern. Das Forum, das nicht als Partei arbeitet, und die PB, die nicht als Zentralorgan geführt werden, können trotz der Rücknahme des Anspruchs ihre Praxis, d.h. ihren praktischen Nutzen, vergrößern. Eine verbesserte Abstimmung auf die Anforderungen der Praxis der Leserschaft scheint möglich und sollte, soweit sie gelingt, zu einer verbesserten Verbreitung führen.

(Arbeitskreis Politische Berichte, 15.3.)

Neuerscheinung Neuerscheinung Neu



DEUTSCHES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT:
DISKRIMINIEREND & GROSSDEUTSCH

Mit Beiträgen von polnischen, tschechischen und deutschen Linken (u.a. aus PDS und Grünen) gegen das völkisch-deutsche Staatsbürgerschaftsrecht und gegen die damit verbundene Ostexpansion der BRD.
Broschüre A4, 72 Seiten
ISBN 3-926922-32-X
Preis: 8,00DM
Bestellungen an:
GNN-Buchvertrieb, Badeweg 1,
04435 Schkeuditz
Tel: 03 42 04 / 6 57 11
Fax: 03 42 04 / 6 58 93

Die Vorbereitungen für die Bundestagswahlen 1998 haben in allen Parteien begonnen. Mit dieser Broschüre wollen wir zu dieser Debatte ein inhaltliches Anliegen beisteuern: Das völkisch-großdeutsche Staatsbürgerschaftsrecht muß endlich radikal geändert und durch ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht ersetzt werden. Das bedeutet: Der Artikel 116 des Grundgesetzes muß ersatzlos gestrichen werden, und das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht, das in seinen wesentlichen Zügen noch immer auf dem kaiserlich-wilhelminischen Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913 beruht, muß endlich radikal geändert werden. Die ausländische Bevölkerung in der BRD muß sofort, unbürokratisch und vollständig eingebürgert werden und ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte erhalten. (Aus dem Vorwort)

INHALT

Hunno Hochberger:

„Den Reichsgedanken über die Grenzen des Reiches hinaustragen ...“
Zum „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ vom 22. Juli 1913 und seinen Änderungen und Ergänzungen durch das „3. Reich“
Aus den „Nürnberger Gesetzen“

Ralf Jürgens und Michael Ohse:

Am „Abstammungsprinzip“ soll nicht gerüttelt werden
Die Bonner Regierungsparteien zum Staatsangehörigkeitsrecht heute
Doppelte Staatsbürgerschaft für Deutsche? Aber sicher!

Ekkehard Lieberam:

Bewahrung des Art. 116 Abs. 1 GG oder „in Gleichheit zusammenleben“
Zur Verfassungsdebatte vor und nach der Vereinigung
Für die Abschaffung des Artikel 116 GG
„... anachronistisches Recht des deutschen Blutes (Trittin)“

Ulrike Bach und Jörg Detjen:

„Deutsches Blut?“ Gibt's nicht! Widerstand für ein neues Staatsbürgerrecht

Bernhard Wagner:

Deutsch zu sein bedarf es wenig. Zur Aktualität der Volkstumspolitik

Rüdiger Lötzer:

Großdeutschland und völkische Politik leben in deutschen Amtsstuben fort
Zur Verwaltungspraxis gegenüber „Volksdeutschen“ und „Fremdvölkischen“

Ulla Jelpke und Helmut Schröder:

Der BdV und die versuchte Heimholung der deutschen Ost- und Siedlungsgebiete

Hunno Hochberger:

Fallstudie I: Zur Beseitigung der Deutschen Demokratischen Republik „Gutnachbarliche Beziehungen“ mit der BRD schützen nicht davor, daß die Grenzfrage offen gehalten wird – über das Staatsbürgerrecht!
Fallstudie II: Zur Wiederaufrichtung einer „deutschen Minderheit“ in Polen
Nach dem Offenhalten der Staatsangehörigkeitsfrage gegenüber der DDR
erneutes Offenhalten dieser Frage – nun gegenüber Westpolen!
Dr. Franz Neumann zur NS-Minderheitenpolitik
„Beutedeutsche“ in Polen mit Wahlrecht in der BRD

Dr. Zbigniew Wiktor, Worclaw, Polen:

Die Republik Polen und die deutsche Rekolonialisierungspolitik
Die 2+4-Verhandlungen, der Artikel 116 und die deutsch-polnische Grenze

Emil Hruška, Plzen:

„Erhaltung und Festigung des Deutschtums“ – in Tschechien
BRD-Ansprüche gegenüber Tschechien: Allzu frecher Kinkel wird abgemahnt

Rudi Arendt:

Deutsch-dänischer Grenzraum – Vorbild für europäische Minderheitenpolitik?

Christoph Cornides:

NATO-Osterweiterung und völkische deutsche Außenpolitik gegenüber Kasachstan
Wie läßt sich Rußland zerlegen? Quellen aus „großdeutscher“ Vergangenheit
Die Bundesregierung berichtet über ihre Kasachstan-Politik

Sozial & Solidarisch

Gegen die erneute Plünderei der Sozialkassen, für den Ausbau des Solidarprinzips

Beschluß des PDS-Bundesvorstandes zur Rentenreform

Die PDS lehnt die Vorschläge der Regierungskommission zur Reform der Rentenversicherung ab.

- Bereits heute erreichen 55% der Männer und 95% der Frauen in den alten Bundesländern nicht die Standardrenten (von derzeit 1933 DM), die sich nach 45 Versicherungsjahren zu durchschnittlichem Verdienst ergibt. Seit langem sind Maßnahmen zur Überwindung der Altersarmut, vor allem für Frauen, überfällig. Mit der geplanten Absenkung des Rentenniveaus wird eine Ausweitung der Armut im höheren Lebensalter programmiert. Eine selbstbewußte und würdevolle Gestaltung der Lebensverhältnisse im Rentenalter wird mehr und mehr nur für eine Minderheit der Bevölkerung möglich.

- Die lohn- und beitragsbezogene Rentenversicherung wird zu einer Mindestversicherung degradiert. Angesichts sinkender realer Arbeitseinkommen und unsicherer Arbeitsverhältnisse kann sich ein großer Teil der abhängig Beschäftigten keine zusätzliche Vorsorge auf privater Grundlage leisten.

- Die Regierungsparteien schüren eine soziale Spaltung zwischen der älteren und jüngeren Generation. Mehr Menschen erhalten länger eine Altersrente. Der entscheidende Grund für die schwierige Finanzsituation der Rentenkassen liegt in der Massenarbeitslosigkeit. Zusätzlich zu der beträchtlichen Unterbeschäftigung, die im Jahresdurchschnitt 1996 7,7 Millionen Menschen betraf, werden die Rentenfinanzen durch die prekären Beschäftigungsverhältnisse (geringfügig Beschäftigte, Scheinselbstständige und Leiharbeit) geschwächt. Ohne grundlegende Reformierung der Erwerbsarbeit und eine entsprechende Umverteilung von Arbeit und Einkommen kann bei den Kas sen der Sozialversicherungen keine Stabilität hergestellt werden.

- Die PDS tritt für den Ausbau des Solidarprinzips ein: Die gesetzliche Altersversicherung muß die Sicherung eines annehmbaren Lebensstandards im höheren Lebensalter garantieren. Wir fordern daher Übergangsmaßnahmen zur Bekämpfung der vorhandenen Altersarmut. Für alle Menschen, unbeschadet ihrer Versicherungsjahre, ist eine bedarfsoorientierte Mindestsiche-

rung anstelle der Sozialhilfe einzuführen.

Die Sanierung der Rentenversicherung wie der anderen Sozialkassen ist möglich, wenn die Regierung endlich ein wirksames Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit verfolgt. Die PDS hat dazu eine Konzeption vorgelegt und Finanzierungsvorschläge unterbreitet. Die Abschaffung des Rentenunrechts für heute über 2 Millionen – und künftig weit mehr – RentenempfängerInnen aus den neuen Bundesländern durch die Anerkennung ihrer in der DDR rechtmäßig erworbenen Rentenanrechte und die vollständige Beseitigung der Handhabung der Renten als Strafrenten bleiben Forderung der PDS.

- Die Vorschläge der Regierung und der Regierungsparteien zur Rentenreform laufen auf eine Fortsetzung der bekannten Umverteilungspolitik hinaus: Begünstigung der Reichen (siehe Vermögenssteuer- und Steuerreform), Senkung der Arbeitseinkommen und Verschlechterung bei den Sozialeinkommen. Dadurch wird die Wachstums- und Akkumulationsschwäche des Kapitals nicht beseitigt werden. Die von der PDS geforderte Rentenreform geht von folgenden Gesichtspunkten aus:

1. Das **Rentenniveau** ist bei ca. 70% des Lohn- und Gehaltsniveaus zu halten. Die gesetzliche Rentenversicherung hat eine lebensstandardsichernde Funktion, die nicht zu einer Minimalversorgung degradiert werden darf.

2. Die **Dynamisierung der Renten** sollte nicht nur an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angekoppelt werden, sondern auch der Steigerung der Lebenshaltungskosten folgen und einen Inflationsausgleich bieten.

3. Keinerlei Leistungskürzungen in der Rentenversicherung! Die Maßnahmen aus dem sogenannten Sparpaket sind zurückzunehmen, weil sie den Rentenkonsens von 1992 einseitig aufkündigen.

4. Einfrieren der Beiträge für die Rentenversicherung, vorerst stabil bei 20% (weniger wegen der Lohnnebenkosten, sondern vor allem, weil die Belastung der Beschäftigten im Gesamtensemble der Abgaben eine Schmerzgrenze erreicht hat).

5. Erhöhung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung auf 30% der Rentenzahlung und Umwandlung in eine Defizithaftung.

6. Bessere Alterssicherung von Frauen (wozu der Bundestag bereits 1991 – über alle Parteien hinweg – einen Auftrag an die Bundesregierung formuliert).

7. Ein existenzsichernder (sozialunabhängiger) Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen.

8. Aufeinander abgestimmte, flexible Formen von gesundheitlicher Rehabilitation, Selbstverwirklichung in Berufstätigkeit und ergänzende Rentenleistungen für chronisch Kranke.

9. Flexible Ermöglichung eines Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand über Lebensarbeitszeitkonten.

10. Ergänzung der Versicherungsleistungen bei Bedarf durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung in der Renten, um alle Armutsrisken auszuschließen.

11. Langfristig eine Harmonisierung aller Alterssicherungssysteme.

12. Ausweitung der Versicherungspflicht für jede und jeden, also auch für Selbständige, Beamte, Abgeordnete, MinisterInnen usw., und für jede Arbeitsstunde zur Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

13. Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

14. Anbindung der Arbeitgeberbeiträge an die Wertschöpfung der Unternehmen statt an die Lohnsumme.

(Quelle: PDS-Presseinst 8/97)



TERMINI

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

Neues Rathaus. Beginn 10.00 Uhr. Weitere Informationen bei Manfred Klaus, Außenstelle der BTG, Tel. (0 30) 22 75 73 05

28.-31. März: Ostermärkte

2. April: Medizin nur für Reiche? Das bundesdeutsche Gesundheitssystem im Spannungsfeld von Solidarität und Reprivatisierung. Diskussion mit E. Wetzstein, Mitarbeiter der Bundestagsgruppe PDS und Arbeits-

kreis Gesundheitspolitik der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS / Verein Gesellschaftsanalyse und politische Bildung in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1

19. April: Soziale Standards in Kommunen. Tagung der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales Berlin, Haus am Köllnischen Park, Saal 4, ab 10.00 Uhr

26./27. April: Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS. Hauptthema ist der Flächentarif und seine Bedeutung. Als Referenten werden u.a. erwartet: Michael Wendl, ÖTV-Landesvorsitzender Bayern, Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender Thüringen.

5. Mai: Europäischer Tag der Behinderten

11. Mai: Treffen zur Vorbereitung der AG Philosophie der Linken Sommerschule Schnepfenthal. Ort: 22767 Hamburg, Palmallee 24, (S-Bahn Königstr.); Zeit: voraussichtlich 12.00 Uhr

24. Mai: Wirtschaftspolitischer Workshop der PDS-Bundestagsgruppe. Vorauss. Themen: Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsgeellschaften, kommunale Wirtschaftsförderung, Wirtschaft von unten; ökologischer Umbau, Forschungs- und Technologiepolitik

31. Mai: Öff. Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des Kurdistan-Rundbriefs in Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz.

31. 7.-3.8. Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31.8.: UZ-Pressefest in Dortmund.

20./21. September: Gewirtschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 458 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Bade weg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Politische Berichte — zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Vorwärts und vergessen?

Inge Viett zum Buch von Sarah Wagenknecht und Jürgen Elsässer

Von Vergessen kann keinesfalls die Rede sein in dem politischen Streit von Sarah Wagenknecht und Jürgen Elsässer. Es geht um fünf große Themen:

- Wie nationalstisch war die DDR?
- Die Aktualität des Kommunismus
- Was bleibt von 68?
- Die soziale Frage
- Die PDS

Was beide verbindet: sie sind Kommunisten und wollen eine Wiederbelebung kommunistischer Perspektiven. Was sie trennt, ist ihre verschiedene politische Sozialisation.

Sarah Wagenknecht, in der DDR aufgewachsen und entschiedene Protagonistin der sozialistischen Grundwerte und Grundstrukturen, schaut auf die Entwicklung und Fehlentwicklung des Sozialismus, ohne jemals dabei die konkreten Kräfteverhältnisse aus den Augen zu lassen. Sie stellt alle Prozesse in den sie primär bestimmenden Kontext. Jede Entwicklung ist das Ergebnis „real politischer Machtkonstellationen“. So zeichnet sie in ihren Diskussionsbeiträgen den historischen Zusammenhang von Entscheidungen mit erhellender Genauigkeit nach und macht damit immer wieder die ökonomischen und politischen Zwangslagen deutlich, in denen sich die DDR zu behaupten hatte und welche die Schattenseiten und Deformierungen begünstigen.

Jürgen Elsässer hat dem 68er Rückzug widerstanden und ist ein radikaler linker Theoretiker geblieben. Nicht selten der „Hans guck in die Lüft“, der sich gern den Schönheiten des reinen Ideals und der reinen Visionen hingibt. Verführisch oft, weil sich die Niederungen und Irrtümer der Mühlen um die gesellschaftliche Umsetzung so geschliffen und pfiffig aufzeigen lassen als dunkle Flecken auf der lichten Schönheit. Das kann er meisterhaft und ist manchmal der Theoretiker im Elfenbeinturm, den die Verhältnisse verschont haben, seine Radikalität umsetzen zu müssen. Aber das tut seiner politischen Redlichkeit keinen Abbruch. Sie bleibt auch in der schärfsten Kritik sichtbar.

Er attackiert im ersten Thema den nationalstischen Virus in der Deutschlandpolitik von Ulbricht und ebenso in der Kulturpolitik, die sich auf die deutschen Klassiker als nationales Gut bezog und sich somit nicht von der Usurpation der Klassiker durch die Nazis abgrenzt hatte. „Der von der SED-Propaganda zum Teil verbreitete, zum Teil tolerierte nationale Virus war immer eine latente Bedrohung für die Eigenstaatlichkeit der DDR – letal wirkte er, als 89 das sozialistische Immunsystem zusammenbrach.“

In ihrem Beitrag: *Hier, wo die DDR ist ... hier ist Deutschland* breitet Wagenknecht fundiert das Spannungsfeld aus sowjetischen, westalliierten und BRD-Interessen aus und zeigt auf, welche taktischen Funktionen Ulbrichts Einheitsforderungen in der jeweiligen politischen Situation hatten. Sie verteidigt auch den Bezug auf die Klassiker: „Die klassische deutsche Philosophie und Literatur, Goethes ‚Faust‘ und Hegels ‚Phänomenologie‘ und ‚Logik‘ gehören zu dem Besten, was die Menschheit in ihrer mehrtausendjährigen Kulturgeschichte hervorgebracht hat. Sie stellen die beginnenden kapitalistischen Barbarei ihren ungebrochenen humanistischen Anspruch entgegen.“ Wobei sie allerdings schweigt zur Nationalisierung der Klassiker durch die SED und Elsässer zu Recht feststellt: „Eine antifaschistische Erziehungsarbeit hätte darauf rekurrieren können, daß sich Goethe und Schiller ja gerade nicht als Vorkämpfer des Deutschtums, sondern als Anhänger der französischen Revolution und als Kosmopoliten begriffen.“

Im zweiten Kapitel: *Kommunismus – was sonst* wird virtuos über Organisationsformen, Spontaneität, Avantgarde und die Rolle des Staates gestritten, um alte und neue Strategien.

Wagenknecht will zurück zu den theoretischen Wurzeln des Marxismus-Leninismus und von dort aus die sozialistische Bewegung neu ergründen und erstarren lassen, bereichert durch die Erfahrungen mit Dogmatismus, Opportu-

Sahra Wagenknecht / Jürgen Elsässer, *Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus*, Konkret Literatur Verlag; Hamburg 1996, 142 S., 19,80 DM

Mario Moretti: *Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte*. Interview von Carla Mosca und Rossana Rossanda, Verlag Libertäre Assoziation (Hamburg) und Verlag der Buchläden SchwarzeRisse/Rote Straße (Berlin), 285 Seiten, 29 DM.

nismus und Schematisierung, bereichert durch die Analyse des theoretischen und politischen Niedergangs des Sozialismus. Sie betont die Notwendigkeit einer Avantgarde: „... eine sozialistische Bewegung, die Unerlässlichkeit einer Parteiorganisation ... eine sozialistische Bewegung, die nicht um geistige und ideologische Hegemonie kämpft, ist keine ... ohne politische Organisationsform wird man nicht politisch wirksam werden können. Da die gegnerische Politik im gesamtstaatlichen Maßstab ... gemacht wird, reichen regionale Bürgerkomitees und Widerstandsgruppen nicht aus ...“

Für Elsässer ist das „linker Konservatismus“. Er setzt andere Akzente und verweist auf die Organisationsformen der spanischen Anarchisten und der APO, die allerdings, wie er einräumen muß, historisch nicht lange überleben konnten. Sein Fazit: „Die Geschichte hat also den Kommunisten Unrecht gegeben, ohne den Anarchisten Recht zu geben ... Vielleicht müssen beide von einander lernen ... die kommunistische Bewegung muß anarchistischer, die anarchistische Bewegung muß kommunistischer werden ... Das Mischungsverhältnis der Ingredienzen muß freilich in der Praxis herausgefunden werden.“

Im letzten Kapitel ist die PDS das Objekt ihrer beider Kritik, dennoch gibt es keine Übereinstimmung.

Wagenknecht legt die sozialreformistische Strömung bloß, analysiert die Politik des Parteivorstandes und sein Streben nach Einbindung in das politische System. Sie hält die Zerstörung der PDS als linke Alternative durch ihre Sozialdemokratisierung für die aktuellste und größte Gefahr: „Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß sich eine linke Partei durch die Regierungsbeteiligung verschließt. Letztlich trägt das nur dazu bei, daß die Leute links keine wirkliche Alternative mehr erkennen können und damit die Gefahr noch größer wird, daß rechte Populisten Boden gewinnen ...“

Elsässer – ausgerüstet mit höchster

Sensibilität gegenüber jeden Deutsch-tümeli und nationalistischen Tönen, konzentriert sich auf die rechten Ten-denzen in den Themen und Kreisen um Ostrowski und auf die ambivalente Hal-tung des Vorstandes dazu. „Als 38 Professoren und Intellektuelle aus der DDR im Mai 95 ‚In großer Sorge‘ die Verbürgerlichung der PDS beklagten, haben Parteivorstand und Bundestagsgruppe umgehend eine Distanzierung beschlossen, ebenso 1992: Als du deinen Artikel in den Weißenseer Blättern geschrieben hast, wurdest du sofort vom Vorstand ... als Stalinistin abgestraft. Die Distanzierungen von unliebsamen Positionen funktionieren also, wenn die Partei es so will. Offensichtlich will man sich aber von den Republikanern nicht distanzieren.“

Natürlich hat die Sozialdemokratie ihre Integrationskraft geschichtlich erprobt und bewiesen, rechts kann linkes Bewußtsein nicht integriert, darum wird es immer eine Minderheit bleiben, aber daß eine linke Partei Neofaschismus-kompatibles Denken tolerieren kann, ist ein abstoßendes Problem. Diese Minderheit ist potentiell immer auf der Seite des Mobs und bindet außerdem ständig Kräfte in einer unproduktiven Auseinandersetzung, verwirrt und desorientiert fortschrittliche Wähler.

Das Buch ist für Linke wichtig, hier treffen zwei Argumentationslinien – Ost und West – aufeinander, die ausgiebig und fundiert über Niederlage und Neu-anfang kommunizieren. Sarah Wagenknecht aus einer stabilen, gut ausgestatteten marxistischen Weltanschauung und ihrem – nicht unkritischen – Apologismus zum ersten sozialistischen Anlauf in der DDR. Elsässer indessen plädiert dafür, „das welthistorische Scheitern des ‚Modells 1917‘ nicht zu leugnen ...“, und setzt auf eben die vom „Modell 1917“ unterdrückten Inhalte, Bewegungen und Organisationsformen.

Es gibt in diesem politischen Streit kein letztes Wort, das Recht hätte. Wir müssen uns die Gewissheiten erst wieder praktisch erkämpfen.

□

Über die Roten Brigaden

Mario Moretti im Interview

280 Seiten Interview mit einem seit 1981 einsitzenden Rotbrigadierten – von außen betrachtet wirkt das Buch über die Brigade Rosse (BR) eher abschreckend. Daß es dennoch spannend zu lesen ist, liegt an den beteiligten Personen. Die Fragen stellen Rossana Rossanda und Carla Mosca, beide optimal vorbereitet und bereit zum Streit mit ihrem Gesprächspartner, der selten ausweicht. Mario Moretti, der Mann, der Aldo Moro verhört und nach 55 Tagen Genselhaft tötete, erzählt „eine italienische Geschichte“ – so der Untertitel – eine immer noch nicht abgeschlossene Geschichte. Besser: seine Version dieser Geschichte. Anders als die Denunzia-

tionen der pentiti, der reumütigen Kronzeugen, wirkt seine Erzählung ehrlich. Sie ist auch für ihn selbst unbequem: Die Brigate Rosse, soviel wird deutlich, sind nicht in erster Linie an der Übermacht des Staatsapparats gescheitert. Vielmehr war ihre Konzeption von Anfang an falsch. Trotz ihrer Verankerung in den norditalienischen Industriebetrieben war die Isolierung der Militanten von den Arbeitern, ihre Illegalisierung voraussehbar. Auf den Alltagsterrorismus – kurzzeitiges Festsetzen und Verhören von Personalchefs und anderen Haßfiguren – folgte die massive Reaktion der Gegenseite. Durch sie wurden die Brigadiisten in die Illegalität und in den bewaffneten Kampf getrieben. Der Rückhalt bei den militätesten Arbeitern schwand dahin; allenfalls militärisch „erreichte der Klassenkampf ein höheres Niveau“. In Morettis Erzählung erscheint auch die spektakulärste Aktion der BR, die Moro-Entführung, als Desaster: Akribisch geplant und entschlossen ausgeführt, scheiterte sie an der Gutgläubigkeit der Brigadiisten. Daß der italienische Staat den Christdemokraten Aldo Moro eiskalt opfern würde, hatten sie nicht bedacht – und hätten es, nach dem ganz ähnlichen inhumanen Agieren des bundes-

deutschen „Großen Krisenstabes“ bei der Schleyer-Entführung, doch wissen können: Die herrschende Klasse, ob in Italien oder der BRD, opfert der Staatsräson notfalls auch die eigenen Leute.

Moretti gibt offen zu, daß die BR während der Moro-Entführung mit symbolischen Gesten des Staates zufrieden gewesen wären: „Wir hatten den größtmöglichen propagandistischen Effekt erreicht, niemand konnte ihn uns nehmen. Für den Abschluß hätte uns das Eingeständnis gereicht, daß es eine Frage der politischen Gefangen ist.“ Genau das war – für den italienischen Staat – eine größere Zumutung als die ursprüngliche Forderung der BR, 13 ihrer inhaftierten GenossInnen freizulassen. Wer die herrschende Klasse angreift, um sie revolutionär zu stürzen, sollte zumindest ungefähre Vorstellungen von den Kräften und dem strategischen Denken des Feindes haben.

Mehr als zwei Jahre nach der Moro-Entführung gelang den BR ihr „politisches Meisterstück“ (Moretti). Mit der Entführung des Richters Giovanni D’Urso konnte die Schließung des unmenschlichen Knastes von Asinara durchgesetzt werden. Die gleichzeitige Revolte im Gefängnis von Trani ließ den Slogan „Drinnen und draußen ein

Kampf“ Wirklichkeit werden; Richter D’Urso wurde auf Beschuß der Gefangenen freigelassen. Was als modellhafte Aktion gedacht war, konnte allerdings nie mehr wiederholt werden. Im April 1981 wurde Mario Moretti verhaftet.

Die Roten Brigaden haben den Nachgeborenen wenig Bewahrenswertes hinterlassen. Aus ihnen sind vor allem „Verräter“ hervorgegangen. Deren Lügen tritt Moretti entgegen. Mehr noch, als die pentiti (die „reumütigen“ Kronzeugen) verachtet er die dissoziati: diejenigen, die sich mit politischen Argumenten vom bewaffneten Kampf lossagen. Auf die Frage nach einem „retten den Ufer“ antwortet er: „Es gibt viele, die es denen anbieten, die sagen, es sei alles sinnlos gewesen. Wer bietet einem wie mir, der behauptet, es hatte einen Sinn, eins an?“ Zur Selbstkritik ist er bereit: „Wenn man mich bedrängt zu erklären, warum wir uns geirrt haben, bin ich bereit, es zu tun. Aber ich kann es nur vernünftig tun, wenn wir die Fehler aller betrachten und auch den Kontext in dem wir uns befanden.“ Für eine solche öffentliche Debatte scheint Italien auch oder gerade nach dem Regierungsantritt der Postkommunisten – immer noch nicht reif zu sein.

(Aus: Elmshorner Gegensätze 3/97)